

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für Soziales zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Soziales zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretvorentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ÜBER DIE ELEKTRONISCHE ÜBERWACHUNG IM RAHMEN DER
STRAFVOLLSTRECKUNG**

INHALTSANGABE

Seit der sechsten Staatsreform ist die Deutschsprachige Gemeinschaft für die Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung zuständig. Durch diesen Dekretvorentwurf werden die rechtlichen Rahmenbedingungen bezüglich der Kapazität zur Gewährleistung der Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung und des Stundepans der zu einer Freiheitsstrafe von höchstens drei Jahren verurteilten Betroffenen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegt.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	6
Vorentwurf	18

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Infolge der sechsten Staatsreform hat die Deutschsprachige Gemeinschaft die Zuständigkeit für die Organisation, die Arbeitsweise und die Aufgaben der Justizhäuser und des Dienstes, der für die Durchführung und die Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung zuständig ist, übernommen (Artikel 5 §1 III. des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen; Artikel 4 §2 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft).

Der Fachbereich Justizhaus des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist zuständig für die vom Föderalstaat erteilten Aufträge gemäß Artikel 1 des Zusammenarbeitsabkommens vom 17. Dezember 2013 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Durchführung der Aufträge der Justizhäuser. Bei diesen Aufträgen handelt es sich vor allem um diejenigen, die im Gesetz vom 17. Mai 2006 über die externe Rechtsstellung der zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Personen und die dem Opfer im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten zuerkannten Rechte definiert sind.

Das Inkrafttreten der Bestimmungen dieses Gesetzes bezüglich der Betroffenen, die zu einer oder mehreren Freiheitsstrafen von höchstens drei Jahren verurteilt sind, ist mehrfach verschoben worden, hauptsächlich wegen der möglichen Auswirkungen dieser Bestimmungen auf die Überbelegung der Gefängnisse. Ein Gesetz zur Abänderung des Gesetzes vom 17. Mai 2006 wurde am 5. Mai 2019¹ veröffentlicht. Ein Gesetz vom 16. März 2021 legt das Inkrafttreten der oben genannten Bestimmungen auf den 1. Dezember 2021 fest.

Die Beantragung von Strafvollstreckungsmodalitäten für diese Verurteilten wird von nun an durch den Strafvollstreckungsrichter bearbeitet und nicht mehr wie bisher von föderalen Verwaltungsbehörden auf Grundlage von ministeriellen Rundschreiben des Justizministers entschieden. Durch die Umsetzung des Gesetzes vom 17. Mai 2006 wird demzufolge ermöglicht, die Strafen all dieser Verurteilten, denen Maßnahmen auf Grundlage der Entscheidungen vom Strafvollstreckungsrichter bewilligt werden, durchzuführen.

Diese Gesetzesänderung hat wesentliche Auswirkungen auf die Verwaltung der elektronischen Überwachungen. Die aktuellen ministeriellen Rundschreiben sehen mehrere Mechanismen vor, die es dem zuständigen Dienst ermöglichen, die elektronischen Überwachungen entsprechend der tatsächlichen Kapazität für die Betroffenen zu verwalten, um die Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung sicherzustellen.

Zu diesen Mechanismen zählt die Unterbrechung der Strafe im Hinblick auf eine elektronische Überwachung, die es ermöglicht, elektronische Überwachungen nicht sofort ab der von der auftraggebenden Behörde getroffenen Entscheidung zur Gewährung einer Strafvollstreckungsmodalität auszuführen. Dies bewirkt, dass der Betroffene in Erwartung der Anbringung der elektronischen Überwachung in Freiheit belassen wird, wodurch eine zeitliche Planung der Anbringungen ermöglicht wird.

¹Gesetz vom 5. Mai 2019 zur Änderung des Gesetzes vom 17. Mai 2006 über die externe Rechtsstellung der zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Personen und die dem Opfer im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten zuerkannten Rechte zwecks Anpassung des Verfahrens vor dem Strafvollstreckungsrichter hinsichtlich der Haftstrafen von höchstens drei Jahren.

Ein weiterer Mechanismus ist die automatische Gewährung von vorläufigen Freilassungen, wodurch die Dauer der elektronischen Überwachung verkürzt werden kann. Dieser Mechanismus ermöglicht es, die elektronische Überwachung nicht bis zum Ende der Strafe durchzuführen und den Betroffenen vorzeitig und automatisch aus der Haft zu entlassen, sobald das Annehmbarkeitsdatum erreicht ist.

Die Gesetzesänderungen wirken sich auf die Fristen, innerhalb derer die Anbringung erfolgen muss, sowie auf die Dauer der elektronischen Überwachung, welche erwartungsgemäß zunehmen wird, aus. Um sich diesen Änderungen zu stellen, besteht das Hauptziel des vorliegenden Dekrets in der Organisation der Verwaltung aller Arten von Aufträgen einer elektronischen Überwachung.

Im vorliegenden Dekret ist vorgesehen, dass der zuständige Dienst die Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung je nach Kapazität wahrnimmt, welche auf Grundlage der Kriterien der Materialressourcen und der Anzahl der ihm von den auftraggebenden Behörden erteilten Aufträge bestimmt werden. Die Anzahl der dem Dienst zur Verfügung stehenden Fußfesseln ist durch einen gemeinsamen öffentlichen Auftrag für alle drei Gemeinschaften begrenzt. Der zuständige Dienst ist ebenfalls an den Eingang der von den Justizbehörden und übergangsweise von Verwaltungsbehörden erteilten Aufträge gebunden.

Grundsätzlich gilt, dass die Anbringung der elektronischen Überwachungsvorrichtung innerhalb der gesetzlichen Fristen erfolgen muss. Falls jedoch die Kapazität dies nicht erlaubt, arbeitet der zuständige Dienst seine Aufträge entsprechend dem Auftragseingang ab. Dabei räumt er inhaftierten Betroffenen Vorrang ein. In Abweichung von diesen allgemeinen Grundsätzen kann der zuständige Dienst jedoch mittels einer begründeten Entscheidung besondere Situationen entsprechend der im Dekret festgelegten Kriterien berücksichtigen.

Vorliegendes Dekret befasst sich ebenfalls mit der Frage der Anwesenheits- und Ausgangszeiten der Betroffenen, die zu einer oder mehreren Strafen von höchstens drei Jahren unter elektronischer Überwachung verurteilt sind, sowie mit der Verwaltung der Verstöße gegen die vorgegebenen Zeiten. Gegenwärtig wird dieser Zeitplan in einem ministeriellen Rundschreiben der Föderalbehörde festgelegt. Dieses wird bei Inkrafttreten des vorgenannten Gesetzes vom 17. Mai 2006 aufgehoben. Das vorliegende Dekret geht auf das Prinzip der Erstellung eines Standardzeitplans ein, der je nach Tagesbeschäftigung des Betroffenen unter elektronischer Überwachung festgelegt wird, jedoch unter Berücksichtigung der Zeit, die für die Erfüllung der individualisierten Sonderbedingungen nötig ist oder der möglichen dem Betroffenen genehmigten Hafturlaube geändert werden kann. Hiermit wird einerseits eine Gleichbehandlung zwischen allen zu einer oder mehreren Freiheitsstrafen von höchstens drei Jahren und unter elektronischer Überwachung gestellten Betroffenen sichergestellt und andererseits bei Bedarf eine Individualisierung des Stundenplans ermöglicht.

Dieses Dekret setzt sich aus fünf Kapiteln zusammen.

Kapitel 1 definiert die wesentlichen genutzten Begriffe, insbesondere die Begriffe der elektronischen Überwachung, der auftraggebenden Behörde, des Betroffenen und der Kapazität. Außerdem werden die allgemeinen Ziele, die der Wahrnehmung der Aufträge des zuständigen Dienstes zu Grunde liegen, sowie die Aufgabe des zuständigen Dienstes näher definiert.

Kapitel 2 betrifft alle Arten der elektronischen Überwachung. Darin werden die Faktoren zur Ermittlung der Kapazität des zuständigen Dienstes aufgezählt. Außerdem wird festgelegt, dass die Anbringung der elektronischen Überwachungsvorrichtung grundsätzlich

innerhalb der gesetzlichen Fristen durchgeführt werden muss. In Abweichung dieses Prinzips legt das Kapitel Kriterien zur Bestimmung der Vorrangigkeit bei den Anbringungen fest, die im Falle von Schwierigkeiten anwendbar sind. Auch wird ein Informationssystem eingerichtet, welches die Übermittlung des Standes der Kapazität des zuständigen Dienstes an die auftraggebenden Behörden ermöglicht. Die Regierung ist befugt, die konkreten Übertragungswege für diese Informationen festzulegen.

Kapitel 3 enthält die Regeln bezüglich des Stundenplans und der Verwaltung der Vorfälle hinsichtlich der Umsetzung der Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Mai 2006 über die elektronische Überwachung der zu einer oder mehreren Freiheitsstrafen von höchstens drei Jahren verurteilten Betroffenen.

Kapitel 4 betrifft die Regeln zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch den zuständigen Dienst sowie die von ihm für die erfolgreiche Durchführung der Aufgabe benötigten Informationen.

Kapitel 5 bestimmt das Inkrafttreten dieses Dekrets.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Artikel 1 definiert den Gegenstand des vorliegenden Dekrets.

Artikel 2

Dieser Artikel definiert eine Reihe von im Dekret verwendeten Begriffen, die in einem spezifischen Sinne zu verstehen sind.

Die auftraggebenden Behörden (Nr. 3) beauftragen den zuständigen Dienst mit der Durchführung und Weiterverfolgung einer elektronischen Überwachung. Diese Behörden können ein Untersuchungsrichter oder ein Untersuchungsgericht, die Generaldirektion der Strafanstalten des Föderalen Öffentlichen Dienstes Justiz, der Strafvollstreckungsrichter oder das Strafvollstreckungsgericht, ein erkennendes Gericht (Polizeigericht, Korrekionalgericht oder Appellationshof) oder eine Kammer zum Schutz der Gesellschaft sein.

Bei Inkrafttreten des Gesetzes vom 5. Mai 2019, welches das in Nummer 7 aufgeführte Gesetz vom 17. Mai 2006 abändert, sind zwei Systeme der elektronischen Überwachung während eines begrenzten Zeitraums gleichzeitig auf die zu einer Haftstrafe von höchstens drei Jahren verurteilten Betroffenen anwendbar. Aus diesem Grund wird die Generaldirektion der Strafanstalten des Föderalen Öffentlichen Dienstes Justiz als auftraggebende Behörde genannt, da sie den zuständigen Dienst in der Übergangszeit immer noch beauftragen kann.

Der Betroffene (Nr. 4) ist jede Person, die eine Strafe unter elektronischer Überwachung oder eine Freiheitsstrafe, eine Internierungsmaßnahme oder eine Untersuchungshaft unter elektronischer Überwachung ausführt.

Die elektronische Überwachung (Nr. 6) besteht aus einer Strafe oder einer Maßnahme, die von einer auftraggebenden Behörde, ausgehend von verschiedenen rechtlichen Rahmenbedingungen, beschlossen wird, und zwar:

1. Gesetz vom 17. Mai 2006 über die externe Rechtsstellung der zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Personen und die dem Opfer im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten zuerkannten Rechte;
2. Gesetz vom 20. Juli 1990 über die Untersuchungshaft;
3. Gesetz vom 5. Mai 2014 über die Internierung von Personen;
4. Artikel 37ter und 37quater des Strafgesetzbuches.

Die in Kapitel 3 des Dekrets erwähnten gesetzlichen Bestimmungen sind diejenigen, die durch das Gesetz vom 5. Mai 2019 zur Abänderung des Gesetzes vom 17. Mai 2006 über die externe Rechtsstellung der zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Personen und die dem Opfer im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten zuerkannten Rechte abgeändert wurden (Nr. 7), um das Verfahren vor dem Strafvollstreckungsrichter hinsichtlich der Freiheitsstrafen von höchstens drei Jahren anzupassen.

Die Materialressourcen (Nr. 9) umfassen die Instrumente, die die Überwachung der Betroffenen ermöglichen, die Vorrichtung zur elektronischen Überwachung und das zur Anbringung benötigte Material.

Die Instrumente zur Überwachung der Betroffenen umfassen die in Artikel 21 behandelten EDV-Systeme sowie die Fernmeldeeinrichtungen.

Die Anbringung (Nr. 11) beinhaltet das Anlegen der Vorrichtung zur elektronischen Überwachung zu Beginn der Aufträge, die Abnahme dieser Vorrichtung am Ende der Aufträge sowie die technische Wartung des Gerätes.

Die Anbringung beinhaltet ebenfalls die Überwachung des Betroffenen nach Anlegen der Vorrichtung zur elektronischen Überwachung.

Die Vorrichtung zur elektronischen Überwachung ermöglicht die Verwaltung der Verstöße gegen den vorgeschriebenen Stundenplan. In bestimmten Fällen ermöglicht die Vorrichtung zur elektronischen Überwachung ebenfalls die Verfolgung der Bewegungen der Betroffenen.

Die Anzahl der Anbringungen (Nr. 12) ist evolutiv, da sie im Wesentlichen von den dem zuständigen Dienst zur Verfügung stehenden Materialressourcen und der Anzahl der ihm übertragenen Aufträge abhängig ist.

Bei dem sozialen Umfeld (Nr. 13) handelt es sich um die Personen, die eine Verbindung mit dem Betroffenen haben. Das soziale Umfeld des Betroffenen kann sich auf die Personen aus seinem Privatbereich erstrecken, aus denen sein privates Umfeld (Familie oder nahestehende Personen) besteht, oder auf Fachleute, die bei dem Betroffenen intervenieren, jedoch nicht an der Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung mitwirken. Zu diesen Fachleuten zählen das ÖSHZ, der Arbeitgeber, Allgemeinmediziner, Therapeuten, Hilfsdienste, etc.

Der Standardzeitplan (Nr. 14) gestaltet sich für alle zu einer Freiheitsstrafe von höchstens drei Jahren verurteilten Betroffenen unter elektronischer Überwachung gleich.

Dieser Zeitplan ist entsprechend der individualisierten Sonderbedingungen anpassbar, die dem Betroffenen möglicherweise auferlegt werden.

Der Stundenplan (Nr. 15) wird vom zuständigen Dienst erstellt. Wie in Artikel 42 des Gesetzes vom 17. Mai 2006, welches in Artikel 2 Nummer 7 des vorliegenden Dekrets und Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 29. Januar 2007 zur Festlegung des genauen Inhalts

des Programms der Haftlockerung und der elektronischen Überwachung erwähnt wird, ergibt sich diese Zuständigkeit aus den Befugnissen der Gemeinschaften

Ein Stundenplan besteht aus einer oder mehreren Zeitspannen, die unter Berücksichtigung der Tagesbeschäftigung des Betroffenen und gegebenenfalls unter Berücksichtigung der dem Betroffenen auferlegten allgemeinen und individualisierten Sonderbedingungen festgelegt werden.

Dieses Dekret behandelt lediglich die Vorfälle (Nr. 16) in Verbindung mit dem Stundenplan, da nur diese zu einer unabhängigen Reaktion des zuständigen Dienstes ohne Eingreifen der auftraggebenden Behörden führen können.

Der zuständige Dienst muss möglicherweise Informationen, beispielsweise mit den Polizeidiensten, der Generaldirektion der Strafanstalten des Föderalen Öffentlichen Dienstes Justiz oder mit den in die Erfüllung einer Bedingung einbezogenen Beteiligten wie Psychologen oder Sozialdiensten austauschen.

Unter weitere Beteiligte (Nr. 17) versteht man ebenfalls die Hierarchie und die Mitarbeiter derselben Struktur wie der zuständige Dienst, falls sich dies für die Auftragserfüllung als notwendig herausstellt.

Die Adresse (Nr. 18), unter der der Betroffene seine Strafe verbüßt oder seine Maßnahme ausführt, wird in der Entscheidung der auftraggebenden Behörde genannt.

Artikel 3

Personenbezeichnungen im Dekretentwurf gelten für alle Geschlechter gleichermaßen.

Artikel 4

Der zuständige Dienst trägt zum Erreichen der allgemeinen Ziele in Zusammenarbeit mit den weiteren Beteiligten bei.

Die elektronische Überwachung soll die öffentliche Sicherheit auf kurze Sicht wahren und auf lange Sicht stärken.

Die Wahrung der öffentlichen Sicherheit durch die elektronische Überwachung umfasst die Kontrolle des Betroffenen und seine Begleitung mit dem weiter gefassten Ziel der Vermeidung der Rückfälligkeit und der Resozialisierung. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bietet den auftraggebenden Behörden eine wirksame und effiziente Alternative zur Inhaftierung an und arbeitet dabei gleichzeitig daran, die Bedeutung, die Rolle und die Kohärenz der elektronischen Überwachung zu stärken.

Die elektronische Überwachung ermöglicht dem Betroffenen eine Fortführung oder Wiederaufnahme seines Familienlebens und seines gesellschaftlichen und beruflichen Lebens unter gleichzeitiger Vermeidung des Verlustes sozialer Kontakte durch die Inhaftierung.

Gemäß den Empfehlungen des Europarates (Empfehlung CM/REC(2014)4 des Ministerkomitees des Europarats bezüglich der elektronischen Überwachung, die am 19. Februar 2014 vom Ministerkomitee auf der 1192. Sitzung von den Ministerbeauftragten angenommen worden ist) zeichnet sich die elektronische Überwachung durch das Streben nach einem Gleichgewicht zwischen Begleitung und Kontrolle aus. Die Weiterverfolgung betrifft sowohl die Förderung und Motivierung des Betroffenen als auch die Kontrolle.

Die elektronische Überwachung beinhaltet das Erstellen eines angepassten Stundenplans sowie dessen regelmäßige und strenge Kontrolle. Der Stundenplan muss dem Betroffenen ermöglichen, seine Strafe zu verbüßen und gleichzeitig über Zeit für Aktivitäten bzw. Freizeit zu verfügen, die er für die Umsetzung seines Resozialisierungsplans benötigt.

Artikel 5

Dieser Artikel handelt von der Aufgabe des zuständigen Dienstes, welche in Artikel 5 §1 III. des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen aufgeführt wird.

Wie in dieser Bestimmung angegeben, sind die Gemeinschaften seit der sechsten Staatsreform für die Organisation, Arbeitsweise und die Aufgaben des zuständigen Dienstes zuständig, um die Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung zu gewährleisten.

Die Aufgabe des zuständigen Dienstes besteht in der Durchführung der Entscheidung der elektronischen Überwachung und der Weiterverfolgung der Ausführung dieser Entscheidungen.

Die Weiterverfolgung des Verlaufs der elektronischen Überwachung umfasst insbesondere die Analyse der von dem Betroffenen übermittelten Dokumente, die technischen Eingriffe während der elektronischen Überwachung, die Kontrolle der dem Betroffenen auferlegten Bedingungen und die mit ihm geführten Kontakte.

Artikel 6

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde bisher kein Zentrum für elektronische Überwachung geschaffen. Um dennoch die Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung zu gewährleisten, können gemäß Artikel 92*bis* §1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen Zusammenarbeitsabkommen mit anderen belgischen Behörden abgeschlossen werden. So sieht Artikel 3 Absatz 3 des Zusammenarbeitsabkommens vom 10. Dezember 2014 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Verwaltung der elektronischen Überwachung vor, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft, insofern sie keinen eigenen operativen Dienst einrichtet, für die Durchführung der elektronischen Überwachung die Kapazität der Flämischen und/oder Französischen Gemeinschaft beanspruchen kann.

Auf dieser Grundlage wurde das Zusammenarbeitsprotokoll vom 16. Dezember 2015 zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Justizhäuser und das Zentrum für Elektronische Überwachung verabschiedet, sodass die Deutschsprachige Gemeinschaft sich zur Gewährleistung der Durchführung der Aufträge an das Zentrum für elektronische Überwachung der Französischen Gemeinschaft wendet.

Artikel 7

In diesem Artikel werden alle Komponenten aufgeführt, die zur Bestimmung der Kapazität des zuständigen Dienstes berücksichtigt werden. Die aufgelisteten Komponenten sind kumulativ und von gleicher Bedeutung.

Die Kapazität des zuständigen Dienstes entspricht der maximalen Auslastung seiner materiellen Ressourcen.

Die materiellen Ressourcen wirken sich auf die Kapazität aus, wenn die gesamten Anbringungen nicht vorgenommen werden können, entweder aufgrund eines Materialmangels oder weil die materiellen Ressourcen nicht funktionstüchtig sind.

Nummer 2 betrifft die Anzahl der an den zuständigen Dienst übermittelten Aufträge. Diese Anzahl wird von den auftraggebenden Behörden bestimmt, die für die Gewährung einer elektronischen Überwachung zu Gunsten eines Betroffenen zuständig sind.

Je höher diese Anzahl, desto größer ist der Bedarf an elektronischem Überwachungsmaterial und umso mehr muss der zuständige Dienst seine Mitarbeiter mobilisieren, um die Umsetzung der Aufträge zu gewährleisten.

Artikel 8

Gewisse Entscheidungen zur elektronischen Überwachung müssen innerhalb einer gesetzlich vorgeschriebenen Frist ausgeführt werden. In diesem Sinne ist die in Artikel 37^{ter} und 37^{quater} des Strafgesetzbuchs aufgeführte autonome Strafe unter elektronischer Überwachung innerhalb von sechs Monaten ab dem Datum umzusetzen, an dem die Gerichtsentscheidung formell rechtskräftig geworden ist.

Andere Entscheidungen zur elektronischen Überwachung müssen dahingegen umgehend umgesetzt werden.

Sollte der zuständige Dienst nicht in der Lage sein, die Anbringung an allen Betroffenen innerhalb der vom Gesetz vorgegebenen Fristen vorzunehmen, führt er die Aufträge in der Reihenfolge ihres Eintreffens durch. Als Ausnahme von diesem Grundsatz wird den inhaftierten Betroffenen Vorrang eingeräumt.

Der zuständige Dienst kann die Priorisierungskriterien anwenden, welche in §3 definiert werden, wobei die entsprechende Entscheidung ordnungsgemäß zu begründen ist.

Es besteht keine Hierarchie zwischen den in Artikel 8 §3 aufgeführten Kriterien.

Die Dauer der elektronischen Überwachung beläuft sich entweder auf die von der auftraggebenden Behörde in ihrer Entscheidung genannte Dauer oder auf die Dauer der Haftstrafe, wenn die elektronische Überwachung eine Vollstreckungsmodalität der Haftstrafe darstellt. Diese letztgenannte Dauer kann jedoch herabgesetzt werden, wenn eine andere Vollstreckungsmodalität der Haftstrafe von der auftraggebenden Behörde gewährt wird.

Die Art der Straftat kann bei der Priorisierung gewisser Anbringungen eine Rolle spielen, wie zum Beispiel Taten eines gewissen Schweregrades oder solche, die bestimmte Berührungspunkte mit der Kriminalpolitik aufweisen.

Das Risiko für das Opfer spielt möglicherweise eine Rolle, wenn dessen Schutz durch eine elektronische Überwachung und laut den möglicherweise von der auftraggebenden Behörde und den sonstigen Beteiligten gemachten Angaben optimiert werden könnte.

Die persönliche Situation des Betroffenen, wie beispielsweise seine Gesundheit, seine familiären und beruflichen Verpflichtungen oder sein Alter, ist möglicherweise ein entscheidender Faktor, wenn eine Entscheidung bezüglich der vorzunehmenden Anbringung gemäß den möglicherweise von den auftraggebenden Behörden gemachten Angaben zu treffen ist.

Artikel 9

Der zuständige Dienst teilt den auftraggebenden Behörden seine Kapazität mit (laufende elektronische Überwachungen, Anzahl der Anbringungen während des vergangenen Monats und durchschnittliche Anbringungsfristfrist), um sie damit über die Begleitumstände bei der Wahrnehmung der ihm übertragenen Aufträge auf dem Laufenden zu halten.

Artikel 10

Kapitel 3 dient zur Umsetzung des Gesetzes vom 17. Mai 2006 in Bezug auf die zu einer oder mehreren Freiheitsstrafen von höchstens drei Jahren verurteilten Betroffenen.

Artikel 11

In diesem Kapitel wird der in Artikel 2 Nummer 15 des vorliegenden Dekrets beschriebene Stundenplan sowie seine Zusammensetzung behandelt.

Bei der Gewährung einer elektronischen Überwachung können dem Betroffenen mehrere individualisierte Sonderbedingungen, wie beispielsweise eine therapeutische Behandlung, eine Pflichtteilnahme an einer Schulung oder, zur Vermeidung der Rückfälligkeit, das Verbot, bestimmte Orte aufzusuchen, auferlegt werden.

Hafturlaube werden in Artikel 2 Nummer 8 des vorliegenden Dekrets definiert.

Der Stundenplan kann im Interesse des Betroffenen angepasst werden. In diesem Falle wird der Zeitplan:

1. entweder ausgeweitet;
2. auf seinen Antrag hin angepasst, damit er beispielsweise einen Termin wahrnehmen kann;
3. ausgesetzt, damit er bei seinem Hafturlaub die Stunden in Freiheit nutzen kann.

Der persönlichen Situation des Betroffenen geschuldete Umstände sind beispielsweise ein familiärer oder medizinischer Notfall.

Artikel 12

Der vierte Punkt verweist auf die Situation des Betroffenen, der an seinem Wohnort verweilt, während er zur Einhaltung einer seiner individualisierten Sonderbedingungen an seinem Arbeitsplatz, einer Schulung oder einem ganz anderen Ort sein sollte.

Artikel 13

Die Begleitung besteht in der Unterstützung des Betroffenen bei der Bewältigung der Schwierigkeiten, auf die er im Rahmen seines Stundenplans stößt.

Die Meldung besteht in der Verfassung eines Berichts, der der zuständigen auftraggebenden Behörde übermittelt wird, um sie über einen Vorfall in Kenntnis zu setzen.

Artikel 14

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind der zuständige Dienst, die weiteren Beteiligten, sowie jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen

beteiligt ist, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihrer Aufgabe anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Artikel 15

Dieser Artikel betrifft die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, welche als Verantwortlicher für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung gilt. Der zuständige Dienst gilt als Auftragsverarbeiter im Sinne von Artikel 4 Nummer 8 der Datenschutz-Grundverordnung.

Die Unterscheidung zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, als Verantwortlicher der Datenverarbeitung, und dem zuständigen Dienst, als Auftragsverarbeiter, ist notwendig, da die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht über ein eigenes Zentrum für elektronische Überwachung verfügt. Sie dient dazu, eine spätere Datenverarbeitung durch das Zentrum für Elektronische Überwachung der Französischen Gemeinschaft in Einklang mit Artikel 6 des vorliegenden Dekrets und dem Zusammenarbeitsprotokoll vom 16. Dezember 2015 zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Justizhäuser und das Zentrum für Elektronische Überwachung zu ermöglichen.

Um die Lektüre des vorliegenden Dekrets zu erleichtern, wird angegeben, dass der zuständige Dienst die Verarbeitung personenbezogener Daten vornimmt, obwohl die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Ausführung dieser Verarbeitung verantwortlich ist.

Die erste Verarbeitung geschieht in Hinblick auf die Wahrnehmung der Aufgabe des zuständigen Dienstes, welche aus der Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung besteht.

Der zuständige Dienst kann ebenfalls an wissenschaftlichen Forschungen mitwirken und Daten für die Erstellung von Statistiken im Bereich der elektronischen Überwachung, mit beispielsweise folgenden Schwerpunkten, übermitteln:

- die Anzahl der Betroffenen unter elektronischer Überwachung während eines festgelegten Zeitraumes;
- die Dauer zwischen der von einer auftraggebenden Behörde gefassten Entscheidung zur Anbringung einer elektronischen Überwachung und dem tatsächlichen Zeitpunkt der Umsetzung dieser Anbringung.

Die zu statistischen Zwecken übermittelten Daten werden vom zuständigen Dienst anonymisiert.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Forschung werden die vom zuständigen Dienst übermittelten Daten zunächst pseudonymisiert gemäß Artikel 4 Nummer 5 der Datenschutz-Grundverordnung, es sei denn, die Anonymisierung erlaubt es den Forschungszweck zu erreichen. Die Daten werden an die betroffenen Behörden übermittelt. Es handelt sich hierbei insbesondere um Universitäten und das Nationale Institut für Kriminalistik und Kriminologie (INCC).

Der zuständige Dienst verarbeitet ebenfalls personenbezogene Daten im Hinblick auf die Verbesserung der Abläufe innerhalb des zuständigen Dienstes.

Artikel 16

Artikel 16 betrifft die Zwecke der einzelnen Datenverarbeitungen.

Die Verarbeitung, die der Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung dient, verfolgt, neben der strikten Erfüllung dieser Aufgabe, Zwecke, die mit der Verfolgung der in Artikel 4 erwähnten allgemeinen Ziele in Verbindung stehen.

Die letztgenannte Verarbeitung (Absatz 3) erfolgt mit dem Ziel, die Interventionen des zuständigen Dienstes bei allen Betroffenen und auftraggebenden Behörden zu verbessern. Ziel der Beratungen mit letzteren ist, die Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung und die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure im Strafrechtssystem zu verbessern.

Artikel 17

In Artikel 17 werden die von der Datenverarbeitung betroffenen Personen sowie die Kategorien der personenbezogenen Daten, die vom zuständigen Dienst verarbeitet werden können, aufgelistet.

Die in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung aufgeführten und in §2 Nummer 8 des vorliegenden Artikels übernommenen Daten befinden sich in gerichtlichen Entscheidungen, die dem zuständigen Dienst von auftraggebenden Behörden übermittelt werden, wenn diese den zuständigen Dienst mit der Durchführung der elektronischen Überwachung beauftragen. Diese Daten werden also im Rahmen des Mandats, in Übereinstimmung mit der föderalen Gesetzgebung, übermittelt. Die Daten können ebenfalls in Auszügen aus Protokollführungen oder Berichten enthalten sein, die von den weiteren Beteiligten an den zuständigen Dienst übermittelt werden.

Jede Verarbeitung umfasst personenbezogene Daten, die sich auf strafrechtliche Verurteilungen oder auf Straftaten beziehen. Das Hauptziel jeder Verarbeitung ist die elektronische Überwachung und deren Durchführung durch den zuständigen Dienst.

Die polizeilichen Daten, aufgelistet in §2 Nummer 9 umfassen Auszüge aus Protokollführungen, die von den Polizeidiensten erstellt und von den auftraggebenden Behörden übermittelt werden, oder die über die in Artikel 21 genannten Dateisysteme zugänglich sind.

Die Verarbeitung sensibler Daten im Sinne von Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung, aufgeführt in §2 Nummer 10 des vorliegenden Artikels ist prinzipiell verboten. Der zuständige Dienst kann jedoch veranlasst sein diese Art von Daten dennoch unter gewissen Umständen zu verarbeiten, wenn diese ihm von den Betroffenen selbst mitgeteilt werden, wenn sie von den auftraggebenden Behörden stammen oder wenn sie in einem Bericht der weiteren Beteiligten enthalten sind. Zu diesen weiteren Beteiligten zählen die Personen oder Dienste, die in der diagnostischen Begutachtung von Sexualstraftätern spezialisiert sind, aber auch die Personen oder Dienste, die in Bezug auf die Problematiken des Terrorismus und des gewalttätigen Extremismus eine Spezialisierung vorweisen. Der zuständige Dienst verarbeitet diese Daten nicht, insofern sie nicht von den Betroffenen selbst, von auftraggebenden Behörden oder weiteren Beteiligten mitgeteilt werden.

Insofern die Daten von den Betroffenen selbst mitgeteilt werden, werden sie erhoben. Sie können gegebenenfalls in einem Bericht an eine auftraggebende Behörde übermittelt werden, wenn sie im Zusammenhang mit dem Verlauf der elektronischen Überwachung, mit den von dem Betroffenen begangenen Taten stehen und diese Taten zu einer Entscheidung

über die elektronische Überwachung geführt haben oder wenn sie im Zusammenhang mit der Erfüllung einer von einer auftraggebenden Behörde erteilten Auflage stehen.

Stammen die sensiblen Daten von auftraggebenden Behörden oder von weiteren Beteiligten, werden sie im Rahmen der Weiterverfolgung des Verlaufs der elektronischen Überwachung erhoben, verarbeitet und übermittelt.

Der zuständige Dienst erstellt eine Liste mit Personenkategorien, die die personenbezogenen Daten im Sinne von Artikel 9 Absatz 1 und Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung einsehen dürfen. Zu diesem Zweck ist ihre Eigenschaft in Hinblick auf die beabsichtigte Datenverarbeitung anzugeben. Diese Liste kann von der zuständigen Datenschutzbehörde eingesehen werden. Diese Personen müssen die Vertraulichkeit der betroffenen Daten wahren.

Die in §2 Nummer 11 erwähnen Lokalisierungsdaten werden von allen elektronischen Überwachungsgeräten erzeugt, die dem zuständigen Dienst zur Verfügung stehen.

§2 Nummer 12 betrifft hauptsächlich Daten zur Rückverfolgung und Daten im Zusammenhang mit der Verwaltung der Dateisysteme gemäß Artikel 21. Zu diesen gehören auch Daten zur Verwaltung der Benutzerkonten.

§2 Nummer 13 betrifft die Aufzeichnung von Daten im Rahmen der Verarbeitung gemäß Artikel 15 §2 Absatz 1 Nummer 1. Konkret geht es um die Aufzeichnung von Telefongesprächen zwischen dem zuständigen Dienst und den Betroffenen und den auftraggebenden Behörden. Die aufgezeichneten Daten werden dann für die Verarbeitung gemäß Artikel 15 §2 Absatz 1 Nummer 3 verwendet.

Die Telefongespräche werden über das elektronische Überwachungssystem aufgezeichnet und umfassen möglicherweise alle anderen Datenkategorien.

Diese Daten sind für die Durchführung der elektronischen Überwachung unerlässlich. Sie werden ebenfalls für die Schulung oder das Coaching der Mitglieder des zuständigen Dienstes verwendet, um die Kommunikationsmethoden des Dienstes und die Qualität der geleisteten Arbeit zu optimieren.

Nur die Mitarbeiter des zuständigen Dienstes, die das Coaching durchführen, haben Zugriff auf alle gespeicherten personenbezogenen Daten. Sie stellen sicher, dass diese Daten anonymisiert werden, bevor sie für das Training oder Coaching der anderen Mitarbeiter verwendet werden.

Im Rahmen der Verarbeitung gemäß Artikel 15 §2 Absatz 1 Nummer 1 verarbeitet der zuständige Dienst bestimmte Daten über die Personen, die das soziale Umfeld des Betroffenen bilden. Dazu gehören die Personen, die sein Lebens- und Beziehungsumfeld bilden, oder die mit ihm zusammenwohnen. Zum sozialen Umfeld gehören ebenfalls die Personen, die von der Durchführung der elektronischen Überwachung des Betroffenen betroffen sind.

Die Verarbeitung der Daten dieser Personen ist insofern erforderlich, als im Rahmen der Durchführung bestimmter Formen der elektronischen Überwachung die volljährigen Personen, mit denen der Betroffene zusammen leben wird, angehört werden müssen (Art. 37ter §3 Absatz 3 des Strafgesetzbuches).

Darüber hinaus müssen diese Personen über die Folgen des Zusammenlebens mit jemandem, der elektronisch überwacht wird, informiert werden. Wenn beispielsweise ein Betroffener die Untersuchungshaft in Form einer elektronischen Überwachung durchführt,

kann ihm in Anwendung von Artikel 16 §1 Absatz 2 des Gesetzes über die Untersuchungshaft vom 20. Juli 1990 untersagt werden, Besuch von durch den Richter bestimmten Personen zu empfangen oder mit diesen in irgendeiner Weise zu kommunizieren. Der Betroffene muss ebenfalls jederzeit an der angegebenen Adresse anwesend sein.

Andere Personen, die in Verbindung mit dem Betroffenen stehen, wie sein Arbeitgeber, könnten ein Interesse daran haben, über die Folgen der Durchführung der elektronischen Überwachung des Betroffenen informiert zu werden.

Die Verwendung der Daten besteht in der Analyse der Daten, die zu einer Entscheidung über die Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung eines Betroffenen, die Modalitäten der elektronischen Überwachung oder den Stundenplan führen kann. Diese Analyse wird auch im Hinblick auf die Entwicklung von Instrumenten zur Wahrnehmung der in Artikel 15 §2 Nummer 3 genannten Verarbeitung durchgeführt.

Im Rahmen der in Artikel 15 §2 Absatz 1 Nummer 3 genannten Verarbeitung werden alle personenbezogene Datenkategorien verarbeitet. Um die Arbeitsweise des zuständigen Dienstes zu verbessern, können die Akten der Betroffenen im Rahmen der Beurteilung der Mitarbeiter eingesehen werden. Um die gesamte Verwaltung der elektronischen Überwachung zu verbessern, werden Daten in Bezug auf die Lokalisierung, die Dateisysteme und die Aufzeichnung von Telefongesprächen verarbeitet.

Der zuständige Dienst verarbeitet die personenbezogenen Daten auf Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e) der Datenschutz-Grundverordnung. Das heißt, die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

Artikel 18

Gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe e) der Datenschutz-Grundverordnung und Artikel 28 Absatz 1 Nummer 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 darf die Dauer der Aufbewahrung der personenbezogenen Daten nicht den für die Verfolgung der Zwecke benötigten Zeitraum überschreiten.

Artikel 19

Dieser Artikel betrifft die Ausübung der Rechte der von der Verarbeitung personenbezogener Daten durch den zuständigen Dienst betroffenen Personen.

Die Ausübung der Rechte kann gemäß den Artikeln 14 und 16 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 eingeschränkt werden, insofern es sich um vom zuständigen Dienst verarbeitete Daten handelt, die durch die auftraggebenden Behörden oder die Polizeidienste, in ihrer Rolle als weitere Beteiligte, festgehalten werden oder insofern die Daten sich in gerichtlichen Entscheidungen befinden oder im Rahmen eines Ermittlungs- oder Strafverfahrens zusammengetragen werden.

Die Regeln bezüglich des Zugriffs auf Informationen aus Gerichtsakten oder auf Datenbanken, die von den auftraggebenden Behörden oder Polizeidiensten verwaltet werden, sind anwendbar.

Die Anträge in Bezug auf die Wahrnehmung der Rechte, die diese Daten betreffen, werden dementsprechend durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemäß Artikel 14 §§2 und 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 bearbeitet.

Artikel 20

In diesem Artikel werden die Quellen der für die Verarbeitung benötigten personenbezogener Daten näher erläutert.

Der zuständige Dienst erhebt Daten oder Dokumente direkt von den Betroffenen und den Personen, die zu ihrem sozialen Umfeld gehören. Der zuständige Dienst kann Daten und Dokumente ebenfalls indirekt erheben.

Der zuständige Dienst verpflichtet sich die Betroffenen und die Personen aus dem sozialen Umfeld über den Grund der Anfrage von Daten und Dokumenten zu informieren.

Die in vorliegendem Artikel genannten Dokumente umfassen personenbezogene Daten sowie Informationen sachlicher und kontextbezogener Art über den Betroffenen, die sich in einem digitalen Bericht oder einem Bericht in Papierform befinden.

Die Daten werden entweder mündlich oder schriftlich über die von den auftraggebenden Behörden an den zuständigen Dienst übermittelten Mandate oder über die von den weiteren Beteiligten erstellten Protokolle oder Berichte erhoben. Die Daten können ebenfalls über bestimmte Datenbanken des Föderalstaats, auf die der zuständige Dienst Zugriff hat, erhoben werden.

In dieser Hinsicht wird in Artikel 9 des Zusammenarbeitsabkommens vom 17. Dezember 2013 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Folgendes verfügt:

„Der Föderalstaat verpflichtet sich, dem Nationalen Zentrum für elektronische Überwachung alle Informationen zur Verfügung zu stellen, die für die Ausübung seiner Befugnisse notwendig sind.

Dazu wird dem Nationalen Zentrum für elektronische Überwachung Zugang zu den derzeitigen und zukünftigen Informationssystemen der Generaldirektion der Strafanstalten des Föderalen Öffentlichen Dienstes Justiz, der Staatsanwaltschaften und der Strafvollstreckungsgerichte gemäß den Regeln, die von den Parteien im Rahmen der IMKIH ausgearbeitet werden, gewährt.

Der Föderalstaat verpflichtet sich, alle Daten, die sich im bestehenden Informationssystem des Nationalen Zentrums für elektronische Überwachung befinden, den Gemeinschaften zu übertragen. Die Gemeinschaften verpflichten sich, mit dem Föderalstaat eine Plattform für den Informationsaustausch einzurichten.“

In diesem Sinne hat der zuständige Dienst gemäß Artikel 7 §1 Nummer 9 des Gesetzes vom 5. Mai 2019 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen Informatisierung der Justiz, Modernisierung des Statuts der Unternehmensrichter und in Bezug auf die Bank für notarielle Urkunden das Recht, die Datenbank Sidis-suite einzusehen. Dieses Recht steht dem zuständigen Dienst zu, damit er seine Aufgabe erfüllen kann.

Der zuständige Dienst hat das gleiche Leserecht für das Integrierte Register für die Überwachung, Begleitung und Kontrolle von Personen, denen gegenüber eine strafrechtliche, Jugendschutz- oder Internierungsentscheidung getroffen wurde und die sich unter Auflagen in Freiheit befinden, beziehungsweise unter Auflagen freigelassen wurden oder in Freiheit gelassen wurden. (Artikel 12 §1 Nummer 5 desselben Gesetzes).

Weiterhin besitzt der zuständige Dienst ein Leserecht für die Integrierte elektronische justizielle Folgedatei (Artikel 19 §1 Nummer 4 desselben Gesetzes). Die Berichte des zuständigen Dienstes werden außerdem in diese Datenbank integriert.

Der zuständige Dienst muss die Identität der Betroffenen sicherstellen, die er während der Durchführung einer elektronischen Überwachung beobachten und kontrollieren soll. Zur Überprüfung dieser Identität kann er sich an das Nationalregister der natürlichen Personen und gegebenenfalls an die Zentrale Datenbank der sozialen Sicherheit wenden.

Artikel 21

Dieser Artikel betrifft die Aufbewahrung von der durch den zuständigen Dienst erfassten Daten.

Die Daten werden in Dateien und Dateisystemen aufbewahrt, die dem zuständigen Dienst von der Regierung zur Verfügung gestellt werden. Bei den Dateisystemen handelt es sich um solche, die in Artikel 4 Nummer 6 der Datenschutzgrundverordnung genannt werden.

Die Daten werden vom zuständigen Dienst von Hand oder automatisiert in die Dateisysteme eingegeben.

Zur Arbeitserleichterung werden die Daten auf gleichartige und standardisierte Weise in ein Dateisystem eingefügt.

Artikel 22

Dieser Artikel betrifft die Übermittlung von Daten durch den zuständigen Dienst im Rahmen der betroffenen Verarbeitung.

Die Übermittlung der Daten an die auftraggebenden Behörden erfolgt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungsbestimmungen zu den verschiedenen Formen der elektronischen Überwachung.

In diesem Sinne befinden sich beispielsweise Leitlinien in Rundschreiben des Kollegiums der Generalprokuratoren, wie in dem gemeinsamen Rundschreiben COL 11/2013 vom 7. Juni 2013 über die Ausführung von Strafen und Maßnahmen und den Datenaustausch, betreffend:

- Die Weiterverfolgung von Personen, die unter Auflagen entlassen wurden;
- Das Verfahren zur Auffindung von verurteilten oder internierten Personen, die untergetaucht oder geflohen sind.

Dieses Rundschreiben erstellt einen Rahmen für den Informationsaustausch zwischen dem zuständigen Dienst, den auftraggebenden Behörden, den weiteren Beteiligten und der Staatsanwaltschaft.

Der Informationsaustausch mit den weiteren Beteiligten, wie beispielsweise Psychologen, findet unbeschadet der berufsethischen Regeln und der Einhaltung des Berufsgeheimnisses statt.

Artikel 23

Dieser Artikel bestimmt das Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets.

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

Antonios
Antoniadis

Digital unterschrieben
von Antonios Antoniadis
Datum: 2021.06.22
08:35:26 +02'00'

A. ANTONIADIS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf über die elektronische Überwachung im Rahmen der Strafvollstreckung

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Gegenstand

Vorliegendes Dekret regelt sowohl die Kapazität der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Gewährleistung der Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung als auch den Stundenplan der zu einer Freiheitsstrafe von höchstens drei Jahren verurteilten Betroffenen.

Art. 2 – Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Alarm: Übermittlung einer Information über die Überwachungsvorrichtung an den zuständigen Dienst, welche gegebenenfalls einer Reaktion dieses Dienstes bedarf;
2. Aufträge: die durch die auftraggebende Behörde getroffenen Entscheidungen bezüglich der elektronischen Überwachung eines Betroffenen;
3. auftraggebende Behörde: eine Gerichts- oder Verwaltungsbehörde, die aufgrund eines Gesetzes oder Dekrets ermächtigt ist, den zuständigen Dienst mit der Durchführung und Weiterverfolgung der dem Betroffenen auferlegten elektronischen Überwachung zu beauftragen;
4. Betroffener: jede Person, die beschuldigt, verurteilt oder interniert und von einer Strafe unter elektronischer Überwachung oder einer Maßnahme der elektronischen Überwachung betroffen ist;
5. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG;
6. elektronische Überwachung: die Verpflichtung, an seinem Wohnort anwesend zu sein, um dem Betroffenen zu ermöglichen, seine Strafe oder Maßnahme zu verbüßen, erlaubtes Entfernen oder erlaubte Abwesenheiten ausgenommen. Die Anwesenheit wird insbesondere anhand elektronischer Mittel kontrolliert;
7. Gesetz vom 17. Mai 2006: das Gesetz vom 17. Mai 2006 über die externe Rechtsstellung der zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Personen und die dem Opfer im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten zuerkannten Rechte;
8. Hafturlaub: ein dem Betroffenen von der auftraggebenden Behörde genehmigter Urlaub, während dem die elektronische Überwachung für einen festgelegten Zeitraum ausgesetzt wird;
9. Materialressourcen: das gesamte Material, das vom zuständigen Dienst zur Wahrnehmung seiner Aufgabe eingesetzt wird;
10. Neuberechnung: Anpassung des Stundenplans durch Abzug der ungerechtfertigterweise von dem Betroffenen genutzten Zeit von seinem Freizeitstundenkonto;
11. Anbringung: das Anlegen der Vorrichtung zur elektronischen Überwachung und die effektive Überwachung des Betroffenen mittels dieser Vorrichtung;
12. Kapazität: die Anzahl der für eine Anbringung in Frage kommenden Betroffenen, welche unter Berücksichtigung der in Artikel 7 aufgeführten Elemente bestimmt wird;
13. soziales Umfeld des Betroffenen: sämtliche Personen, die eine Verbindung mit dem Betroffenen haben und daher in Kontakt mit dem zuständigen Dienst treten;

14. Standardzeitplan: der dem Betroffenen gemäß Kapitel 3 Abschnitt 1 vorgeschriebene Grundzeitplan;

15. Stundenplan: die Zeitangaben zur elektronischen Überwachung, aus denen hervorgeht, wann der Betroffene an seinem Wohnort anwesend sein muss, sowie die Zeitpunkte, für die er Ausgang auferlegt oder genehmigt bekommen hat;

16. Vorfall: ein Verstoß gegen den Stundenplan;

17. weitere Beteiligte: die Gefängnisverwaltung, die Polizei- und die Sozialdienste, die an der Ausführung der vom zuständigen Dienst wahrgenommenen Aufgabe beteiligt, aber keine auftraggebende Behörde sind;

18. Wohnort: Adresse, an der der Betroffene die Strafe unter elektronischer Überwachung oder die Maßnahme der elektronischen Überwachung verbüßt.

Art. 3 - Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 4 - Allgemeine Ziele

Der zuständige Dienst verfolgt bei der Wahrnehmung der Aufträge folgende allgemeine Ziele:

1. die Wahrung der öffentlichen Sicherheit;
2. die Vermeidung der Rückfälligkeit;
3. die Resozialisierung von Betroffenen.

Art. 5 - Aufgabe des zuständigen Dienstes

§1 – Die Aufgabe des zuständigen Dienstes besteht in der Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung. Zu diesem Zweck führt der zuständige Dienst die Aufträge aus, die die auftraggebende Behörde ihm erteilt.

Die Regierung bestimmt den in der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die in Absatz 1 erwähnte Aufgabe zuständigen Dienst.

§2 – Bei der Wahrnehmung der in §1 Absatz 1 erwähnten Aufträge, führt der zuständige Dienst folgende Tätigkeiten aus:

1. die Anbringung einer elektronischen Überwachungsvorrichtung an dem Betroffenen und an seinem Wohnort;
2. das Erstellen eines an den Betroffenen angepassten Stundenplans sowie dessen Verwaltung zur Kontrolle der Einhaltung des Stundenplans durch den Betroffenen;
3. die Weiterverfolgung des Verlaufs der elektronischen Überwachung;
4. die Verwaltung der Alarme;
5. die Zentralisierung, Analyse und Übermittlung der relevanten Informationen über die elektronische Überwachung an die auftraggebenden Behörden und die weiteren Beteiligten.

Die Regierung kann dem zuständigen Dienst weitere Tätigkeiten anvertrauen.

Art. 6 - Zusammenarbeit mit anderen belgischen Behörden oder Diensten

Die in vorliegendem Dekret erwähnten Aufträge, die im Rahmen eines Zusammenarbeitsabkommens durch andere belgische Behörden oder durch andere Dienste gewährleistet werden, können den Aufträgen, die durch den zuständigen Dienst gewährleistet werden, gleichgestellt werden.

KAPITEL 2 – KAPAZITÄT

Art. 7 – Kapazität

Der zuständige Dienst nimmt seine Aufgabe entsprechend seiner Kapazität wahr.

Zur Bestimmung der Kapazität wird Folgendes berücksichtigt:

1. die Materialressourcen des zuständigen Dienstes;
2. die Anzahl der Aufträge, die dem zuständigen Dienst von den auftraggebenden Behörden übertragen werden.

Art. 8 – Ausführung der Aufträge

§1 – Der zuständige Dienst führt alle Aufträge, die ihm von den auftraggebenden Behörden übertragen wurden, innerhalb der gesetzlichen Fristen aus.

§2 – Falls die Kapazität oder die ordnungsgemäß begründeten außergewöhnlichen Umstände es dem zuständigen Dienst nicht ermöglichen, alle Aufträge innerhalb der gesetzlichen Fristen auszuführen, führt er diese in chronologischer Reihenfolge der Auftragseingänge aus.

In Abweichung von Absatz 1 wird inhaftierten Betroffenen Vorrang gewährt.

§3 – In Abweichung von §2 kann der zuständige Dienst seine Aufträge unter Berücksichtigung nachfolgender Priorisierungskriterien ausüben:

1. die elektronische Überwachung in Form einer Maßnahme der Untersuchungshaft;
2. die Dauer der elektronischen Überwachung;
3. die Art der von dem Betroffenen begangenen Tat;
4. das Risiko, dem das Opfer ausgesetzt ist;
5. die persönliche Situation des Betroffenen.

Der zuständige Dienst begründet seine Entscheidung, die in Absatz 1 aufgeführten Priorisierungskriterien anzuwenden, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der von der auftraggebenden Behörde und den weiteren Beteiligten erteilten Hinweise.

Art. 9 – Information über die Kapazität

Der zuständige Dienst informiert die auftraggebenden Behörden regelmäßig über den Stand seiner Kapazität.

Die Regierung legt die Übertragungsmodalitäten dieser Information fest.

KAPITEL 3 – STUNDENPLAN UND VORFÄLLE

Art. 10 – Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels sind ausschließlich anwendbar auf die zu einer oder mehreren Freiheitsstrafen von höchstens drei Jahren verurteilten Betroffenen.

Abschnitt 1 - Stundenplan

Art. 11 – Verwaltung des Stundenplans

Der Stundenplan besteht aus einem Standardzeitplan, der unter Berücksichtigung der Tagesbeschäftigung des Betroffenen festgelegt wird sowie gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Zeit, die für die Umsetzung der individualisierten Sonderbedingungen oder möglichen Hafturlaube benötigt wird.

Der Stundenplan kann angepasst werden:

1. unter Berücksichtigung der persönlichen Situation des Betroffenen,
2. falls der Betroffene eine zusätzliche Zeitspanne benötigt, um eine individualisierte Sonderbedingung zu erfüllen,
3. falls der Betroffene einen Hafturlaub antritt.

Die Regierung legt die Gestaltung des Standardzeitplans fest.

Abschnitt 2 – Vorfälle

Art. 12 – Verwaltung der Vorfälle

Vorfälle werden vom zuständigen Dienst verwaltet.

Ein Vorfall liegt vor, wenn:

1. der Betroffene nicht auf Anrufe des zuständigen Dienstes reagiert;
2. der Betroffene eine nicht genehmigte Reise vornimmt;
3. der Betroffene nicht an seinem Wohnort anwesend ist und den zuständigen Dienst nicht von seiner Abwesenheit in Kenntnis gesetzt hat;
4. der Betroffene den Zeitplan in Bezug auf die festgelegte Tagesbeschäftigung oder seine individualisierten Sonderbedingungen nicht einhält.

Art. 13 – Maßnahmen

Im Falle eines Verstoßes gegen den Stundenplan kann der zuständige Dienst folgende Maßnahmen gegenüber dem Betroffenen ergreifen:

1. die Einsetzung einer Begleitung des Betroffenen;
2. der Verweis auf die Verpflichtungen des Betroffenen und die Mitteilung der Möglichkeit einer Neuberechnung des Stundenplans;
3. eine Neuberechnung des Stundenplans des Betroffenen;
4. eine Meldung an die auftraggebenden Behörden.

Die Regierung kann weitere Maßnahmen festlegen, die der zuständige Dienst bei einem Verstoß gegen den Stundenplan gegenüber dem Betroffenen ergreifen kann.

KAPITEL 4 – VERTRAULICHKEIT, DATENSCHUTZ UND INFORMATIONSVERRARBEITUNG

Art. 14 – Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind der zuständige Dienst, die weiteren Beteiligten, sowie jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen beteiligt ist, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihrer Aufgabe anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 15 – Verarbeitung personenbezogener Daten

§1 - Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung.

§2 – Der zuständige Dienst verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich im Hinblick auf:

1. die Wahrnehmung der in Artikel 5 §1 und in seinen Ausführungsbestimmungen vorgesehenen Aufgabe;
2. die wissenschaftliche Forschung und statistische Zwecke;
3. die Verbesserung der Abläufe innerhalb des zuständigen Dienstes.

Im Rahmen der in Absatz 1 Nummer 2 aufgeführten Verarbeitung verarbeitet der zuständige Dienst anonyme Daten. Insofern die Verarbeitungszwecke auf diese Weise nicht erreicht werden können, verarbeitet der zuständige Dienst pseudonymisierte personenbezogene Daten.

Der zuständige Dienst weist in diesem Zusammenhang seine Mitarbeiter auf ihre Pflichten zur Informationssicherheit und zum Datenschutz hin.

§3 – Die Regierung ist im Rahmen der Ausführung des vorliegenden Dekrets für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich.

Der zuständige Dienst gilt als Auftragsverarbeiter im Sinne von Artikel 4 Nummer 8 der Datenschutz-Grundverordnung.

Art. 16 – Zwecke der Datenverarbeitung

Die in Artikel 15 §2 Absatz 1 Nummer 1 aufgeführte Verarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

1. die Aktivierung der Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung;
2. die Ausführung und Weiterverfolgung des Verlaufs der elektronischen Überwachung;
3. der Abschluss der Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung;
4. die Aufzeichnung der Telefongespräche des zuständigen Dienstes;
5. die Vollstreckung von Freiheitsstrafen unter Vermeidung der schädlichen Auswirkungen der Inhaftierung für die Betroffenen;
6. die Förderung der Resozialisierung durch die Verringerung der Ausgrenzung und die Beibehaltung sozialer, familiärer und beruflicher Verbindungen;
7. die Vermeidung der Rückfälligkeit.

Die in Artikel 15 §2 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführte Verarbeitung erfolgt zum Zweck der Zusammenarbeit mit den betroffenen Behörden zur Bewertung und Verbesserung der Politik im Zusammenhang mit der Ausführung der Aufgabe des zuständigen Dienstes.

Die in Artikel 15 §2 Absatz 1 Nummer 3 aufgeführte Verarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

1. die Steuerung und Verbesserung der Interventionen des zuständigen Dienstes;
2. die Unterstützung der Rücksprachen mit den auftraggebenden Behörden.

Art. 17 – Datenkategorien

§1 – Der zuständige Dienst kann personenbezogene Daten in Bezug auf folgende Personen verarbeiten:

1. Betroffene;
2. Personen, die zum sozialen Umfeld des Betroffenen gehören;
3. weitere Beteiligte, die in die Aufgabenausführung eingebunden sind, sowie auftraggebende Behörden.

§2 – Der zuständige Dienst kann im Rahmen der in Artikel 15 §2 Absatz 1 Nummer 1 aufgeführten Datenverarbeitung alle angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien in Bezug auf die in §1 Nummer 1 erwähnten Personen erheben, erfassen, verwenden und übermitteln:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Beruf, zur beruflichen Kompetenz, zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
3. Daten zu persönlichen Eigenschaften;
4. Daten zur finanziellen und sozialen Situation;
5. Daten zum Lebensstil und zur Freizeitbeschäftigung;
6. Daten zur Haushaltszusammensetzung;
7. Daten zu den Wohnverhältnissen;
8. Daten zu strafrechtlichen Verurteilungen und Straftaten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung;
9. polizeiliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung;
10. Daten zur rassischen und ethnischen Herkunft, zur politischen Überzeugung, zur philosophischen Auffassung, zur Religions- oder Gewerkschaftszugehörigkeit, genetische und biometrische Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualverhalten und zur sexuellen Orientierung, angeführt in Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung;
11. Lokalisierungsdaten.
12. Daten zur Nutzung der in Artikel 21 erwähnten Dateisysteme;
13. Daten im Zusammenhang mit der Aufzeichnung von Telefongesprächen.

In Bezug auf die in §1 Nummer 2 erwähnten Personen kann der zuständige Dienst alle angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten der in §2 Absatz 1 Nummern 1 und 6 bis 8 aufgeführten Datenkategorien erheben und verwenden.

In Bezug auf die in §1 Nummer 3 erwähnten Personen kann der zuständige Dienst alle angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten der in §2 Absatz 1 Nummer 1 aufgeführten Datenkategorien erheben.

§3 – Der zuständige Dienst kann im Rahmen der in Artikel 15 §2 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführten Datenverarbeitung alle angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien in Bezug auf die in §1 Nummer 1 erwähnten Personen erheben, verwenden und übermitteln:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Beruf, zur beruflichen Kompetenz, zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
3. Daten zu persönlichen Eigenschaften;
4. Daten zum Lebensstil und zur Freizeitbeschäftigung;
5. Daten zu strafrechtlichen Verurteilungen und Straftaten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung.

§4 – Der zuständige Dienst kann im Rahmen der in Artikel 15 §2 Absatz 1 Nummer 3 aufgeführten Datenverarbeitung alle angemessenen, sachdienlichen und

verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien in Bezug auf die in §1 Nummer 1 erwähnten Personen erheben und verwenden:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Beruf, zur beruflichen Kompetenz, zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
3. Daten zu persönlichen Eigenschaften;
4. Daten zur finanziellen und sozialen Situation;
5. Daten zum Lebensstil und zur Freizeitbeschäftigung;
6. Daten zur Haushaltszusammensetzung;
7. Daten zu den Wohnverhältnissen;
8. Daten zu strafrechtlichen Verurteilungen und Straftaten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung;
9. Polizeiliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung;
10. Daten zur rassischen und ethnischen Herkunft, zur politischen Überzeugung, zur philosophischen Auffassung, zur Religionszugehörigkeit oder Gewerkschaftszugehörigkeit, genetische und biometrische Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualverhalten und zur sexuellen Orientierung, angeführt in Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung;
11. Lokalisierungsdaten;
12. Daten zur Nutzung der in Artikel 21 erwähnten Dateisysteme;
13. Daten im Zusammenhang mit der Aufzeichnung von Telefongesprächen.

§5 – Die Regierung kann die in den §§2 bis 4 aufgeführten Datenkategorien nach vorherigem Gutachten der Datenschutzbehörde präzisieren.

Art. 18 – Dauer der Datenverarbeitung

Die Daten werden nicht länger, als für die Realisierung der Zwecke erforderlich ist, für die sie verarbeitet werden, aufbewahrt.

Art. 19 – Rechte der von der Datenverarbeitung betroffenen Person

Für die in Artikel 17 aufgeführten Datenkategorien werden Anträge auf Wahrnehmung der in den Artikeln 12 bis 22 und 34 der Datenschutz-Grundverordnung erwähnten Rechte dem Datenschutzbeauftragten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt.

In Abweichung von Absatz 1 werden Anträge auf Wahrnehmung der in den Artikeln 12 bis 22 und 34 der Datenschutz-Grundverordnung erwähnten Rechte für die in Artikel 17 §2 Absatz 1 Nummer 8, §3 Nummer 4 und §4 Nummer 8 aufgeführten Datenkategorien gemäß Artikel 14 §§2 und 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 zum Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bearbeitet.

Art. 20 – Informationsquellen

§1 – Bei der Wahrnehmung seiner Aufträge erhebt der zuständige Dienst Daten und Dokumente direkt von den Betroffenen sowie den Personen, die zum sozialen Umfeld des Betroffenen gehören.

§2 – Bei der Wahrnehmung seiner Aufträge erhebt der zuständige Dienst Daten und Dokumente indirekt von den auftraggebenden Behörden und weiteren Beteiligten.

Die gemäß Absatz 1 erhobenen Daten sind in den Mandaten und Berichten, die von den auftraggebenden Behörden weitergeleitet werden, oder in den Dateisystemen der

auftraggebenden Behörden enthalten, insofern der zuständige Dienst Zugang zu ihnen erhalten hat.

§3 – Der zuständige Dienst kann sich an das Nationalregister der natürlichen Personen wenden, wenn er die in Artikel 3 Absätze 1 und 2 des Gesetzes vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregister der natürlichen Personen aufgeführten Informationen einholen oder die Richtigkeit der ihm zur Verfügung stehenden Informationen überprüfen möchte.

Insofern es sich um Daten einer natürlichen Person handelt, deren Daten nicht im Nationalregister eingetragen sind, verwendet der zuständige Dienst die Erkennungsnummer der Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit.

Art. 21 – Dateisysteme

Der zuständige Dienst verarbeitet die gemäß Artikel 20 erfassten Informationen in Dateisystemen.

Die Regierung stellt dem zuständigen Dienst zur Unterstützung der Datenverarbeitung und des Datenaustausches ein oder mehrere EDV-Systeme zur Verfügung.

Die Mitarbeiter des zuständigen Dienstes haben Zugriff auf die in den Dateisystemen verarbeiteten Daten, insoweit diese für die Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben benötigt werden und hierzu freigegeben worden sind.

Art. 22 – Empfänger der verarbeiteten Informationen

§1 – Im Rahmen der Datenverarbeitung gemäß Artikel 15 §2 Absatz 1 Nummer 1 übermittelt der zuständige Dienst die für die Erfüllung seiner Aufgabe erforderlichen Daten an die auftraggebenden Behörden und die weiteren Beteiligten, gemäß den gesetzlichen Vorschriften im Rahmen der elektronischen Überwachung.

§2 – Im Rahmen der Datenverarbeitung gemäß Artikel 15 §2 Absatz 1 Nummer 2 erstellt der zuständige Dienst eine Vereinbarung mit den betroffenen Behörden, in der die Modalitäten der Datenübermittlung festgelegt werden.

KAPITEL 5 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 23 – Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 1. Dezember 2021 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

Antonios
Antoniadis

Digital unterschrieben
von Antonios
Antoniadis
Datum: 2021.06.22
08:35:47 +02'00'

A. ANTONIADIS

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister van Sociale Aangelegenheden is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

Voorontwerp van decreet betreffende het elektronisch toezicht in het kader van de strafuitvoering

INHOUD

Sinds de zesde staatshervorming is de Duitstalige Gemeenschap bevoegd voor de uitvoering en de opvolging van het elektronisch toezicht. Met dit voorontwerp van decreet wordt het juridische kader vastgelegd voor de capaciteit om het elektronisch toezicht uit te voeren en op te volgen en voor het uurrooster van personen die in de Duitstalige Gemeenschap zijn veroordeeld tot een vrijheidsstraf van ten hoogste drie jaar.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Bespreking van de artikelen	6
Voorontwerp	18

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

Naar aanleiding van de zesde staatshervorming is de Duitstalige Gemeenschap bevoegd geworden voor "de organisatie, de werking en de opdrachten van de justitiehuisen en van de bevoegde dienst die de uitwerking en de opvolging van het elektronisch toezicht verzekert" (artikel 5, § 1, III, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap; artikel 4, § 2, van de wet van 31 december 1993 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap).

Het departement Justitiehuis van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap is bevoegd voor de door de federale overheid toegekende opdrachten overeenkomstig artikel 1 van het Samenwerkingsakkoord van 17 december 2013 tussen de federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de uitoefening van de opdrachten van de Justitiehuisen. Het gaat voornamelijk om de opdrachten bepaald in de wet van 17 mei 2006 betreffende de externe rechtspositie van de veroordeelden tot een vrijheidsstraf en de aan het slachtoffer toegekende rechten in het raam van de strafuitvoeringsmodaliteiten.

De inwerkingtreding van de bepalingen van die wet die betrekking hebben op personen die tot één of meer vrijheidsstraffen van drie jaar of minder zijn veroordeeld, werd meermaals uitgesteld, vooral wegens de uitwerkingen die deze bepalingen zouden kunnen hebben op de overbevolking van de gevangenis. Een wet tot wijziging van de wet van 17 mei 2006 is gepubliceerd op 5 mei 2019¹. Een wet van 16 maart 2021 bepaalt dat de voormelde bepalingen in werking treden op 1 december 2021.

Voortaan worden de verzoeken om strafuitvoeringsmodaliteiten voor deze veroordeelden behandeld door de strafuitvoeringsrechter; daarover wordt dus niet langer beslist door federale administratieve instanties op basis van ministeriële circulaires van de minister van Justitie, zoals tot hier toe het geval was. Bijgevolg zal de uitvoering van de wet van 17 mei 2006 het mogelijk maken de straffen uit te voeren van alle veroordeelden aan wie maatregelen zijn toegekend op grond van de beslissingen van de strafuitvoeringsrechter.

Deze wetswijziging heeft grote gevolgen voor het beheer van het elektronisch toezicht. De huidige ministeriële circulaires voorzien in verschillende mechanismen die de bevoegde dienst in staat stellen het elektronisch toezicht te beheren naar gelang van de feitelijke capaciteit voor de betrokken personen, teneinde de uitvoering en de opvolging van het elektronisch toezicht te garanderen.

Tot deze mechanismen behoort de strafonderbreking met het oog op elektronisch toezicht; die strafonderbreking biedt de mogelijkheid het elektronisch toezicht niet onmiddellijk uit te oefenen vanaf de beslissing van de opdrachtgevende overheid om een strafuitvoeringsmodaliteit toe te kennen. Dat heeft tot gevolg dat de betrokkene, in afwachting van de plaatsing van het elektronisch toezicht, in vrijheid blijft, waardoor de plaatsing kan worden gepland.

Een ander mechanisme is de automatische toekenning van voorlopige invrijheidsstellingen, waardoor de duur van het elektronisch toezicht kan worden verkort. Dit mechanisme maakt het mogelijk om het elektronisch toezicht niet tot het einde van de straf uit te oefenen en de betrokkene vervroegd en automatisch te ontslaan zodra de toelaatbaarheidsdatum voor een voorwaardelijke invrijheidstelling is bereikt.

¹Wet van 5 mei 2019 tot wijziging van de wet van 17 mei 2006 betreffende de externe rechtspositie van de veroordeelden tot een vrijheidsstraf en de aan het slachtoffer toegekende rechten in het raam van de strafuitvoeringsmodaliteiten tot aanpassing van de procedure voor de strafuitvoeringsrechter voor de vrijheidsstraffen van drie jaar of minder.

De wetswijzigingen hebben gevolgen voor de termijnen waarbinnen de apparatuur moet worden geplaatst en voor de duur van het elektronisch toezicht, die naar verwachting zal toenemen. Om deze veranderingen het hoofd te bieden, heeft het voorliggende decreet hoofdzakelijk tot doel het beheer te organiseren van alle soorten van opdrachten inzake elektronisch toezicht.

Dit decreet bepaalt dat de bevoegde dienst het elektronisch toezicht uitvoert en opvolgt naar gelang van zijn capaciteit, die wordt vastgesteld op basis van de criteria inzake materiële middelen en op basis van het aantal opdrachten dat hij van de opdrachtgevende overheden krijgt. Het aantal enkelbanden waarover de Dienst kan beschikken, is beperkt door een gezamenlijke overheidsopdracht voor de drie gemeenschappen. De bevoegde dienst is ook gebonden aan de opdrachten die binnenkomen van de gerechtelijke overheden en, bij wijze van overgangsmaatregel, aan de opdrachten die binnenkomen van de administratieve overheden.

Als algemene regel geldt dat de apparatuur voor elektronisch toezicht binnen de wettelijke termijnen moet worden geplaatst. Als de capaciteit dit echter niet toelaat, behandelt de bevoegde dienst zijn opdrachten naarmate ze binnenkomen. Daarbij wordt voorrang gegeven aan gedetineerden. In afwijking van deze algemene beginselen kan de bevoegde dienst evenwel bij een met redenen omklede beslissing rekening houden met specifieke situaties overeenkomstig de in het decreet vastgestelde criteria.

Het voorliggende decreet heeft ook betrekking op de aanwezigheids- en afwezigheidstijden van personen die zijn veroordeeld tot een of meer straffen van ten hoogste drie jaar onder elektronisch toezicht, alsook op het beheren van de overtredingen tegen de voorgeschreven tijden. Momenteel is dit standaard uurrooster vastgelegd in een ministeriële circulaire van de federale overheid. Die circulaire wordt opgeheven bij inwerkingtreding van de voormelde wet van 17 mei 2006. In dit decreet wordt uitgegaan van het beginsel dat er een standaard uurrooster wordt opgesteld, dat wordt bepaald aan de hand van de dagindeling van de betrokkene onder elektronisch toezicht, maar dat kan worden gewijzigd met inachtneming van de tijd die nodig is om te voldoen aan de geïndividualiseerde bijzondere voorwaarden of de eventuele aan de betrokkene toegestane penitentiaire verlopen. Hierdoor wordt enerzijds de gelijke behandeling gewaarborgd van alle personen die zijn veroordeeld tot een of meer vrijheidsstraffen van ten hoogste drie jaar en onder elektronisch toezicht zijn geplaatst, en wordt het anderzijds mogelijk het standaard uurrooster zo nodig individueel aan te passen.

Dit decreet bestaat uit vijf hoofdstukken.

In hoofdstuk 1 worden de belangrijkste begrippen gedefinieerd, met name de begrippen "elektronisch toezicht", "opdrachtgevende overheid", "betrokkene" en "capaciteit". Bovendien worden de algemene doelstellingen die ten grondslag liggen aan de uitvoering van de opdrachten van de bevoegde dienst en de taak van de bevoegde dienst nader gedefinieerd.

Hoofdstuk 2 betreft alle vormen van elektronisch toezicht. Het bevat de factoren om de capaciteit van de bevoegde dienst te berekenen. Bovendien wordt bepaald dat de apparatuur voor elektronisch toezicht in principe binnen de wettelijke termijnen moet worden geplaatst. In afwijking van dat beginsel bevat het hoofdstuk voorrangscriteria die van toepassing zijn in geval van moeilijkheden. Er zal ook een informatiesysteem worden opgezet om de resterende capaciteit van de bevoegde dienst te kunnen meedelen aan de opdrachtgevende overheden. De Regering is bevoegd om te bepalen hoe die informatie concreet wordt meegedeeld.

Hoofdstuk 3 bevat de regels betreffende het uurrooster en het beheer van incidenten met het oog op de uitvoering van de wet van 17 mei 2006 inzake elektronisch toezicht voor de personen die zijn veroordeeld tot één of meer vrijheidsstraffen van ten hoogste drie jaar.

Hoofdstuk 4 betreft de regels voor de verwerking van persoonsgegevens door de bevoegde dienst en de informatie die deze dienst nodig heeft om zijn taak met succes te kunnen vervullen.

Hoofdstuk 5 bepaalt de inwerkingtreding van dit decreet.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikel 1

Artikel 1 bepaalt het voorwerp van dit decreet.

Artikel 2

In dit artikel worden een aantal in het decreet gebruikte begrippen gedefinieerd die in een specifieke betekenis moeten worden opgevat.

De opdrachtgevende overheden (3°) belasten de bevoegde dienst met de uitvoering en de opvolging van een elektronisch toezicht. Die overheden kunnen een onderzoeksrechter of een onderzoeksgerecht zijn, het directoraat-generaal Penitentiaire Inrichtingen van de Federale Overheidsdienst Justitie, de strafuitvoeringsrechter of de strafuitvoeringsrechtbank, een vonnisgerecht (politierechtbank, correctionele rechtbank of hof van beroep) of een kamer voor de bescherming van de maatschappij.

Bij de inwerkingtreding van de wet van 5 mei 2019 tot wijziging van de in 7° genoemde wet van 17 mei 2006, zijn twee systemen van elektronisch toezicht gedurende een beperkte periode gelijktijdig van toepassing op betrokkene personen die zijn veroordeeld tot een gevangenisstraf van ten hoogste drie jaar. Daarom wordt het directoraat-generaal Penitentiaire Inrichtingen van de Federale Overheidsdienst Justitie genoemd als opdrachtgevende overheid, aangezien dit directoraat-generaal de bevoegde dienst tijdens de overgangsperiode nog altijd met opdrachten kan belasten.

De betrokkene (persoon) (4°) is elke persoon die een straf onder elektronisch toezicht of een vrijheidsstraf, een interneringsmaatregel of een voorlopige hechtenis onder elektronisch toezicht ondergaat.

Elektronisch toezicht (6°) bestaat uit een straf of een maatregel waartoe door een opdrachtgevende overheid wordt besloten, op basis van verschillende juridische regelingen, namelijk:

1° de wet van 17 mei 2006 betreffende de externe rechtspositie van de veroordeelden tot een vrijheidsstraf en de aan het slachtoffer toegekende rechten in het raam van de strafuitvoeringsmodaliteiten;

2° de wet van 20 juli 1990 inzake voorlopige hechtenis;

3° de wet van 5 mei 2014 betreffende de internering;

4° de artikelen 37ter en 37quater van het Strafwetboek.

De wettelijke bepalingen vermeld in hoofdstuk 3 van het decreet zijn de bepalingen die gewijzigd werden bij de wet van 5 mei 2019 tot wijziging van de wet van 17 mei 2006 betreffende de externe rechtspositie van de veroordeelden tot een vrijheidsstraf en de aan het slachtoffer toegekende rechten in het raam van de strafuitvoeringsmodaliteiten, om de procedure voor de strafuitvoeringsrechter aan te passen voor de vrijheidsstraffen van drie jaar of minder.

De materiële middelen (9°) omvatten de instrumenten waarmee toezicht op de personen kan worden uitgeoefend, de apparatuur voor elektronisch toezicht en het voor de plaatsing benodigde materiaal.

Tot de instrumenten voor het toezicht op de betrokkenen behoren de in artikel 21 bedoelde computersystemen en telecommunicatieapparatuur.

De plaatsing (11°) omvat de bevestiging van de apparatuur voor elektronisch toezicht aan het begin van de opdrachten, de verwijdering van die apparatuur aan het einde van de opdrachten en het technisch onderhoud van het toestel.

De plaatsing omvat ook de opvolging van betrokkene nadat de apparatuur voor elektronisch toezicht is aangebracht.

Met de apparatuur voor elektronisch toezicht kunnen de overtredingen van het voorgeschreven uurrooster worden beheerd. In bepaalde gevallen kunnen met de apparatuur voor elektronisch toezicht ook de bewegingen van de betrokken personen worden gevolgd.

Het aantal plaatsingen (12°) evolueert, aangezien dat aantal hoofdzakelijk afhangt van de materiële middelen waarover de bevoegde dienst beschikt en van het aantal opdrachten dat hem wordt toevertrouwd.

De sociale omgeving (13°) zijn de mensen die een band hebben met de betrokkene. De sociale omgeving van de betrokkene kan de personen uit zijn privé-sfeer omvatten die zijn privé-omgeving vormen (familie of mensen die hem na staan) of beroepsbeoefenaars die met de betrokkene te maken hebben, maar niet deelnemen aan de uitvoering en de opvolging van het elektronisch toezicht. Tot deze beroepsbeoefenaars behoren het OCMW, de werkgever, huisartsen, therapeuten, ondersteunende diensten, enz.

Het standaard uurrooster (14°) is hetzelfde voor alle betrokkenen die zijn veroordeeld tot een vrijheidsstraf van drie jaar of minder en die onder elektronisch toezicht staan.

Dit standaard uurrooster kan worden aangepast naar gelang van de individuele bijzondere omstandigheden die aan de betrokkene kunnen worden opgelegd.

Het uurrooster (15°) wordt opgemaakt door de bevoegde dienst. Zoals bepaald in artikel 42 van de wet van 17 mei 2006, waarnaar in artikel 2, 7°, van dit decreet wordt verwezen, en zoals bepaald in artikel 2 van het koninklijk besluit van 29 januari 2007 tot bepaling van de concrete invulling van het programma van de beperkte detentie en het elektronisch toezicht, vloeit deze bevoegdheid voort uit de bevoegdheden van de Gemeenschappen.

Een uurrooster bestaat uit één of meer tijdvensters die worden vastgelegd met inachtneming van de dagindeling van betrokkene en in voorkomend geval met inachtneming van de algemene en individuele bijzondere voorwaarden die voor betrokkene gelden.

Dit decreet heeft alleen betrekking op incidenten (16°) die verband houden met het uurrooster, aangezien alleen deze aanleiding kunnen geven tot een onafhankelijke reactie van de bevoegde dienst zonder tussenkomst van de opdrachtgevende overheden.

Het kan nodig zijn dat de bevoegde dienst informatie uitwisselt, bijvoorbeeld met de politiediensten, het directoraat-generaal Penitentiaire Inrichtingen van de Federale Overheidsdienst Justitie of met de andere actoren die betrokken zijn bij de vervulling van een voorwaarde, zoals psychologen of sociale diensten.

Onder "andere actoren" (17°) worden ook de hiërarchie en de medewerkers van dezelfde structuur als de bevoegde dienst verstaan, indien dit noodzakelijk blijkt voor de uitvoering van de opdracht.

Het adres (18°) waar betrokkene zijn straf ondergaat of zijn maatregel uitvoert, wordt vermeld in de beslissing van de opdrachtgevende overheid.

Artikel 3

De namen van de personen in het ontwerpdecreet zijn gelijkelijk van toepassing op alle geslachten.

Artikel 4

De bevoegde dienst draagt bij tot de verwezenlijking van de algemene doelstellingen in samenwerking met de andere actoren.

Elektronisch toezicht is bedoeld om de openbare veiligheid op korte termijn te handhaven en op lange termijn te versterken.

De vrijwaring van de openbare veiligheid door middel van elektronisch toezicht omvat het controleren en begeleiden van de betrokkene met het ruimere doel recidive te voorkomen en resocialisatie te bevorderen. De Duitstalige Gemeenschap biedt de opdrachtgevende overheden een doeltreffend en doelmatig alternatief voor hechtenis of opsluiting, en werkt tegelijk aan de versterking van het belang, de rol en de coherentie van het elektronisch toezicht.

Elektronisch toezicht stelt de betrokkene in staat zijn gezinsleven, zijn sociaal leven en zijn beroepsleven voort te zetten of te hervatten en te voorkomen dat hij sociale contacten verliest ten gevolge van hechtenis of opsluiting.

Volgens de aanbevelingen van de Raad van Europa (Aanbeveling CM/REC(2014)4 van het Comité van Ministers van de Raad van Europa betreffende elektronisch toezicht, aangenomen door het Comité van Ministers tijdens zijn 1192e vergadering op 19 februari 2014) wordt elektronisch toezicht gekenmerkt door het streven naar een evenwicht tussen begeleiding en controle. De opvolging betreft zowel het aanmoedigen en motiveren van de betrokkene als de controle.

Het elektronisch toezicht omvat de opstelling van een aangepast uurrooster en de regelmatige en strikte controle daarvan. Het uurrooster moet de betrokkene in staat stellen zijn straf uit te zitten en tegelijkertijd tijd te hebben voor activiteiten of vrijetijdsbesteding die hij nodig heeft om zijn resocialisatieplan uit te voeren.

Artikel 5

Dit artikel heeft betrekking op de in artikel 5, § 1, III, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen vermelde taak van de bevoegde dienst.

Zoals in die bepaling wordt aangegeven, zijn de gemeenschappen sinds de zesde staatshervorming verantwoordelijk voor de "organisatie, de werking en de opdrachten van de bevoegde dienst die de uitwerking en de opvolging van het elektronisch toezicht verzekert".

De bevoegde dienst heeft tot taak de beslissing tot elektronisch toezicht uit te voeren en de uitvoering van die beslissingen op te volgen.

De opvolging van het verloop van de elektronische bewaking omvat met name de analyse van de door de betrokkene toegezonden documenten, de technische interventies tijdens de elektronische bewaking, de controle van de aan de betrokkene opgelegde voorwaarden en de contacten die met hem zijn gelegd.

Artikel 6

In de Duitstalige Gemeenschap is nog geen centrum voor elektronisch toezicht opgericht. Niettemin kunnen met het oog op de uitvoering en de opvolging van het elektronisch toezicht samenwerkingsakkoorden worden gesloten met andere Belgische autoriteiten, overeenkomstig artikel 92bis, § 1, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen. Zo bepaalt artikel 3, derde lid, van het Samenwerkingsakkoord van 10 december 2014 tussen de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap betreffende het beheer van het elektronisch toezicht dat de Duitstalige Gemeenschap, voor zover zij geen eigen operationele dienst opricht, een beroep kan doen op de capaciteit van de Vlaamse en/of de Franse Gemeenschap om elektronisch toezicht uit te voeren.

Op basis hiervan werd het samenwerkingsprotocol van 16 december 2015 tussen de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de justitiehuisen en het centrum voor elektronisch toezicht aangenomen, zodat de Duitstalige Gemeenschap zich tot het centrum van de Franse Gemeenschap wendt om de uitvoering van de opdrachten te verzekeren.

Artikel 7

In dit artikel worden alle componenten opgesomd die in aanmerking worden genomen om de capaciteit van de bevoegde dienst te bepalen. De opgesomde componenten zijn cumulatief en zijn elk even belangrijk.

De capaciteit van de bevoegde dienst stemt overeen met de maximale benutting van zijn materiële middelen.

De materiële middelen zijn van invloed op de capaciteit wanneer de apparatuur niet volledig kan worden geplaatst, hetzij door een gebrek aan materiaal, hetzij omdat de materiële middelen niet werken.

De bepaling onder 2° betreft het aantal opdrachten dat aan de bevoegde dienst is doorgegeven. Dat aantal wordt vastgesteld door de opdrachtgevende overheden die bevoegd zijn om elektronisch toezicht toe te kennen ten behoeve van een betrokkene.

Hoe hoger dat aantal, hoe groter de behoefte aan elektronisch bewakingsmateriaal en hoe meer de bevoegde dienst zijn medewerkers moet mobiliseren om de uitvoering van de opdrachten te verzekeren.

Artikel 8

Bepaalde beslissingen inzake elektronisch toezicht moeten binnen een wettelijk voorgeschreven termijn ten uitvoer worden gelegd. In die zin moet de in de artikelen 37ter en 37quater van het Strafwetboek vermelde autonome straf onder elektronisch toezicht ten uitvoer worden gelegd binnen zes maanden na de datum waarop de rechterlijke beslissing in kracht van gewijsde is gegaan.

Andere beslissingen inzake elektronisch toezicht moeten daarentegen onmiddellijk ten uitvoer worden gelegd.

Indien de bevoegde dienst de apparatuur niet binnen de wettelijk voorgeschreven termijnen bij alle betrokkenen kan plaatsen, voert hij de opdrachten uit in de volgorde waarin hij ze heeft ontvangen. Als uitzondering op dit beginsel zal voorrang worden gegeven aan gedetineerde betrokkenen.

De bevoegde dienst kan de in § 3 omschreven prioriteringscriteria toepassen, waarbij de desbetreffende beslissing naar behoren moet worden gemotiveerd.

Er is geen hiërarchie tussen de in artikel 8, § 3, genoemde criteria.

De duur van het elektronisch toezicht is hetzij de door de opdrachtgevende overheid in haar beslissing aangegeven duur, hetzij de duur van de detentie indien het elektronisch toezicht een uitvoeringsmodaliteit van de gevangenisstraf is. Laatstgenoemde duur kan evenwel worden verkort indien de opdrachtgevende overheid een andere strafuitvoeringsmodaliteit van de gevangenisstraf toestaat.

De aard van het strafbare feit kan een rol spelen bij het toekennen van prioriteit aan bepaalde plaatsingen, zoals feiten met een bepaalde ernstgraad of feiten die bepaalde raakpunten hebben met het strafrechtelijk beleid.

Het risico voor het slachtoffer kan een rol spelen indien zijn of haar bescherming kan worden geoptimaliseerd door middel van elektronisch toezicht en naar gelang van de informatie die kan worden verstrekt door de opdrachtgevende overheid en de andere actoren.

De persoonlijke situatie van de betrokkene, zoals zijn gezondheidstoestand, zijn gezins- en beroepsverplichtingen of zijn leeftijd, kan een bepalende factor zijn wanneer een beslissing moet worden genomen over de plaatsing van de bewakingsapparatuur overeenkomstig de informatie die de opdrachtgevende overheden eventueel heeft verstrekt.

Artikel 9

De bevoegde dienst stelt de opdrachtgevende overheden in kennis van zijn capaciteit (het huidige aantal personen dat onder elektronisch toezicht staat, het aantal plaatsingen in de afgelopen maand en de gemiddelde plaatsingstermijn) teneinde hen op de hoogte te houden van de omstandigheden waaronder de aan hem toevertrouwde taken worden uitgevoerd.

Artikel 10

Met hoofdstuk 3 wordt uitvoering gegeven aan de wet van 17 mei 2006 wat betreft personen die zijn veroordeeld tot een of meer vrijheidsstraffen van ten hoogste drie jaar.

Artikel 11

Dit hoofdstuk heeft betrekking op het uurrooster vermeld in artikel 2, 15°, van dit decreet en de samenstelling ervan.

Wanneer elektronisch toezicht wordt toegestaan, kunnen aan de betrokkene verscheidene geïndividualiseerde bijzondere voorwaarden worden opgelegd, zoals therapeutische behandeling, verplichte deelname aan een opleiding of, om recidive te voorkomen, een verbod om bepaalde plaatsen te bezoeken.

Penitentiare verlopen worden gedefinieerd in artikel 2, 8°, van dit decreet.

Het uurrooster kan in het belang van de betrokkene aangepast worden. In dit geval wordt het uurrooster:

- 1° ofwel uitgebreid;
- 2° op zijn verzoek aangepast, zodat hij bijvoorbeeld een afspraak kan nakomen;
- 3° opgeschort, zodat hij de uren vrij kan gebruiken tijdens zijn penitentiaal verlof.

Omstandigheden die te wijten zijn aan de persoonlijke situatie van de betrokkene zijn bijvoorbeeld een familiaal of medisch noodgeval.

Artikel 12

De bepaling onder 4° heeft betrekking op de situatie van de betrokkene die in zijn verblijfplaats verblijft terwijl hij op zijn werkplek, in een opleidingscentrum of op een geheel andere plaats zou moeten zijn om te voldoen aan een van zijn geïndividualiseerde bijzondere voorwaarden.

Artikel 13

Begeleiding bestaat erin de betrokkene te helpen om de moeilijkheden die hij met zijn uurrooster ondervindt, te overwinnen.

De kennisgeving bestaat in het opstellen van een verslag dat aan de bevoegde opdrachtgevende overheid wordt toegezonden om haar van een incident in kennis te stellen.

Artikel 14

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de bevoegde dienst, de andere actoren en alle natuurlijke personen of rechtspersonen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Artikel 15

Dit artikel heeft betrekking op de verwerking van persoonsgegevens door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, die wordt beschouwd als de voor de verwerking van persoonsgegevens verantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. De bevoegde dienst geldt als verwerker in de zin van artikel 4, punt 8, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

Het onderscheid tussen de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, als verantwoordelijke voor de verwerking, en de bevoegde dienst, als verwerker, is noodzakelijk omdat de Duitstalige Gemeenschap geen eigen centrum voor elektronisch toezicht heeft. Dat onderscheid strekt ertoe een latere gegevensverwerking door het Centrum voor Elektronisch Toezicht van de Franse Gemeenschap mogelijk te maken overeenkomstig artikel 6 van dit decreet en het Samenwerkingsprotocol van 16 december 2015 tussen de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de justitiehuisen en het centrum voor elektronisch toezicht.

Voor de leesbaarheid van dit decreet wordt aangegeven dat de bevoegde dienst de verwerking van persoonsgegevens uitvoert, hoewel de Regering van de Duitstalige Gemeenschap verantwoordelijk is voor de uitvoering van deze verwerking.

De eerste verwerking wordt verricht met het oog op de vervulling van de taak van de bevoegde dienst, die erin bestaat het elektronisch toezicht uit te oefenen en op te volgen.

De bevoegde dienst kan ook deelnemen aan wetenschappelijk onderzoek en gegevens verstrekken voor de opstelling van statistieken op het gebied van elektronisch toezicht waarbij de nadruk bijvoorbeeld ligt op het volgende:

- het aantal betrokkenen dat gedurende een bepaalde periode onder elektronisch toezicht staat;

- de duur tussen de beslissing van een opdrachtgevende overheid om betrokkene onder elektronisch toezicht te plaatsen en het tijdstip waarop betrokkene werkelijk onder elektronisch toezicht staat.

De gegevens die voor statistische doeleinden worden doorgegeven, worden door de bevoegde dienst geanonimiseerd.

In het kader van wetenschappelijk onderzoek worden de door de bevoegde dienst verstrekte gegevens eerst gepseudonimiseerd overeenkomstig artikel 4, punt 5, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, tenzij het onderzoeksdoel via anonimisering kan worden bereikt. De gegevens worden aan de betrokken overheden toegezonden. Het gaat met name om universiteiten en het Nationaal Instituut voor Criminalistiek en Criminologie (NICC).

De bevoegde dienst verwerkt ook persoonsgegevens met het oog op de verbetering van de werking binnen de bevoegde dienst.

Artikel 16

Artikel 16 heeft betrekking op de doeleinden van de afzonderlijke gegevensverwerkingen.

De verwerking voor de uitvoering en de opvolging van het elektronisch toezicht heeft niet alleen de strikte uitvoering van die taak tot doel, maar beoogt ook doeleinden die verband houden met het nastreven van de algemene doelstellingen vermeld in artikel 4.

Laatstgenoemde verwerking (derde lid) heeft tot doel de interventies van de bevoegde dienst bij alle betrokkenen en bij de opdrachtgevende overheden te verbeteren. Het overleg met deze laatste heeft tot doel de opvolging van de elektronische bewaking en de samenwerking tussen de verschillende actoren van het strafrechtelijk systeem te verbeteren.

Artikel 17

In artikel 17 worden de personen genoemd op wie de gegevensverwerking betrekking heeft, alsmede de categorieën van persoonsgegevens die door de bevoegde dienst mogen worden verwerkt.

De in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming opgesomde en in § 2, 8°, van dit artikel overgenomen gegevens staan in rechterlijke beslissingen die de opdrachtgevende overheden aan de bevoegde dienst toezenden wanneer zij de bevoegde dienst belasten met de uitoefening van het elektronisch toezicht. Deze gegevens worden dus toegezonden in het kader van het toevertrouwde opdracht, in overeenstemming met de federale wetgeving. De gegevens kunnen ook staan in uittreksels uit notulen of verslagen die door de andere actoren aan de bevoegde dienst zijn toegezonden.

Elke verwerking omvat persoonsgegevens die betrekking hebben op strafrechtelijke veroordelingen of strafbare feiten. Het hoofddoel van elke verwerking is elektronisch toezicht en de uitvoering daarvan door de bevoegde dienst.

De in § 2, 9°, opgesomde politiegegevens omvatten uittreksels uit door de politiediensten opgestelde processen-verbaal en verslagen die door de opdrachtgevende overheden worden doorgezonden of via de in artikel 21 bedoelde bestandssystemen toegankelijk zijn.

De verwerking van gevoelige gegevens in de zin van artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, vermeld in § 2, 10°, van dit artikel, is in principe verboden. In bepaalde omstandigheden kan de bevoegde dienst evenwel genooddakt zijn dit soort gegevens te verwerken, indien ze door de betrokkenen zelf aan hem worden meegedeeld, indien ze afkomstig zijn van de opdrachtgevende overheden of indien ze in een verslag van de andere actoren staan. Tot deze 'andere actoren' behoren personen of diensten die gespecialiseerd zijn in de diagnostische beoordeling van seksuele delinquenten, alsook personen of diensten die gespecialiseerd zijn in terrorisme en gewelddadig extremisme. De bevoegde dienst verwerkt die gegevens niet, tenzij ze door de betrokkenen zelf, door opdrachtgevende overheden of door andere actoren worden verstrekt.

Voor zover de gegevens door de betrokkenen zelf worden verstrekt, worden zij verzameld. In voorkomend geval kunnen ze worden opgenomen in een verslag aan een opdrachtgevende overheid wanneer ze betrekking hebben op het verloop van het elektronisch toezicht, op de door de betrokkene gepleegde feiten en deze feiten hebben geleid tot een beslissing inzake elektronisch toezicht, of wanneer ze betrekking hebben op de naleving van een door een opdrachtgevende overheid opgelegde voorwaarde.

Wanneer de gevoelige gegevens afkomstig zijn van opdrachtgevende overheden of andere actoren, worden zij verzameld, verwerkt en doorgegeven in het kader van de opvolging van het verloop van het elektronisch toezicht.

De bevoegde dienst stelt een lijst op van de categorieën personen die de in artikel 9, lid 1, en artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming bedoelde persoonsgegevens mogen raadplegen. Daartoe moet de aard ervan worden aangegeven met betrekking tot de beoogde gegevensverwerking. Deze lijst kan worden geraadpleegd door de toezichthoudende overheid die bevoegd is voor de gegevensbescherming. Deze personen dienen de vertrouwelijkheid van de betrokken gegevens te eerbiedigen.

De lokalisatiegegevens vermeld in § 2, 11°, worden gegenereerd door alle elektronische bewakingsapparatuur waarover de bevoegde dienst beschikt.

§ 2, 12°, heeft voornamelijk betrekking op traceerbaarheidgegevens en op gegevens in verband met het beheer van de bestandssystemen overeenkomstig artikel 21. Deze omvatten ook gegevens voor het beheer van de gebruikersaccounts.

§ 2, 13°, heeft betrekking op de registratie van gegevens in het kader van de verwerking overeenkomstig artikel 15, § 2, eerste lid, 1°. Concreet gaat het om het opnemen van telefoongesprekken tussen de bevoegde dienst en de betrokken personen en de opdrachtgevende overheden. De geregistreerde gegevens worden vervolgens gebruikt voor verwerking overeenkomstig artikel 15, § 2, eerste lid, 3°.

Telefoongesprekken worden opgenomen via het elektronische toezichtstelsel en kunnen alle andere categorieën gegevens omvatten.

Deze gegevens zijn absoluut noodzakelijk voor de uitvoering van het elektronisch toezicht. Ze zullen ook worden gebruikt voor opleiding of coaching van de leden van de bevoegde dienst, teneinde de communicatiemethoden van de dienst en de kwaliteit van het verrichte werk te optimaliseren.

Alleen de medewerkers van de bevoegde dienst die de coaching uitvoeren, hebben toegang tot alle opgeslagen persoonsgegevens. Zij zorgen ervoor dat deze gegevens worden geanonimiseerd voordat ze worden gebruikt om andere medewerkers op te leiden of te coachen.

In het kader van de verwerking overeenkomstig artikel 15, § 2, eerste lid, 1°, verwerkt de bevoegde dienst bepaalde gegevens betreffende de personen die de sociale omgeving van de betrokkene vormen. Dit omvat de mensen die zijn leef- en relatieomgeving vormen, of die met hem samenwonen. De sociale omgeving omvat ook de personen die worden getroffen door de uitvoering van het elektronisch toezicht op de betrokkene.

De verwerking van de gegevens van deze personen is noodzakelijk voor zover, in het kader van de uitvoering van bepaalde vormen van elektronisch toezicht, de meerderjarige personen met wie de betrokkene zal samenleven, moeten worden gehoord (artikel 37ter, § 3, derde lid, van het Strafwetboek).

Bovendien moeten deze personen worden geïnformeerd over de gevolgen van het samenleven met iemand die onder elektronisch toezicht staat. Indien een betrokkene bijvoorbeeld het voorwerp uitmaakt van voorlopige hechtenis in de vorm van elektronisch toezicht, kan het hem worden verboden bezoek te ontvangen van of op enigerlei wijze te communiceren met door de rechter aangewezen personen, met toepassing van artikel 16, § 1, tweede lid, van de wet van 20 juli 1990 betreffende de voorlopige hechtenis. De betrokkene moet ook te allen tijde op het aangegeven adres aanwezig zijn.

Andere personen die in contact staan met de betrokkene, zoals zijn werkgever, kunnen er belang bij hebben te worden geïnformeerd over de gevolgen van de uitoefening van elektronisch toezicht op de betrokkene.

Het gebruik van de gegevens bestaat in de analyse van de gegevens die kan leiden tot een beslissing over het voortzetten van het elektronisch toezicht op een betrokkene, de modaliteiten van het elektronisch toezicht of het uurrooster. Deze analyse wordt ook uitgevoerd met het oog op de ontwikkeling van instrumenten voor de uitoefening van de in artikel 15, § 2, 3°, bedoelde verwerking.

In het kader van de verwerking vermeld in artikel 15, § 2, eerste lid, 3°, worden alle categorieën persoonsgegevens verwerkt. Teneinde de werking van de bevoegde dienst te verbeteren, kunnen de dossiers van de betrokken personen worden geraadpleegd in het kader van de evaluatie van de medewerkers. Om het volledige beheer van het elektronisch toezicht te verbeteren, worden lokalisatiegegevens, de bestandssystemen en de registratie van telefoongesprekken verwerkt.

De bevoegde dienst verwerkt de persoonsgegevens op basis van artikel 6, lid 1, onder e), van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. Dit betekent dat de verwerking noodzakelijk is voor de vervulling van een taak van algemeen belang of die deel uitmaakt van de uitoefening van het openbaar gezag die aan de verantwoordelijke voor de verwerking is opgedragen.

Artikel 18

Overeenkomstig artikel 5, lid 1, onder e), van de Algemene Verordening Gegevensbescherming en artikel 28, eerste lid, 5°, van de wet van 30 juli 2018 mag de bewaringstermijn van persoonsgegevens niet langer zijn dan de periode die noodzakelijk is voor de verwezenlijking van de doeleinden.

Artikel 19

Dit artikel heeft betrekking op de uitoefening van de rechten van de betrokken personen van wie de bevoegde dienst persoonsgegevens verwerkt.

De uitoefening van de rechten kan worden beperkt overeenkomstig de artikelen 14 en 16 van de wet van 30 juli 2018, voor zover de door de bevoegde dienst verwerkte gegevens in het bezit zijn van de opdrachtgevende overheden of de politiediensten, in hun rol van 'andere actoren', of voor zover de gegevens in gerechtelijke beslissingen zijn opgenomen of in het kader van een onderzoek of strafprocedure zijn verzameld.

De regels betreffende de toegang tot gegevens uit gerechtelijke dossiers of tot door de opdrachtgevende overheden of politiediensten beheerde databanken zijn van toepassing.

Dienovereenkomstig worden de verzoeken die betrekking hebben op de uitoefening van de rechten betreffende deze gegevens door het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap verwerkt overeenkomstig artikel 14, §§ 2 en 5, van de wet van 30 juli 2018.

Artikel 20

In dit artikel wordt nader ingegaan op de bronnen van persoonsgegevens die nodig zijn voor de verwerking.

De bevoegde dienst verzamelt gegevens of documenten rechtstreeks bij de betrokken personen en bij de personen die tot hun sociale omgeving behoren. De bevoegde dienst kan ook indirect gegevens en documenten verzamelen.

De bevoegde dienst verbindt zich ertoe de betrokken personen en de personen van de sociale omgeving in kennis te stellen van de reden van het verzoek om gegevens en documenten.

De in dit artikel bedoelde documenten omvatten persoonsgegevens en informatie van feitelijke en contextuele aard met betrekking tot de betrokkene die zijn opgenomen in een digitaal verslag of in een verslag op papier.

De gegevens worden mondeling of schriftelijk verzameld door middel van de opdrachten die door de opdrachtgevende overheden aan de bevoegde dienst worden gegeven of door middel van de protocollen of verslagen die door de andere actoren worden opgesteld. De gegevens kunnen ook worden verzameld via bepaalde databanken van de Federale Staat waartoe de bevoegde dienst toegang heeft.

In dit verband bepaalt artikel 9 van het Samenwerkingsakkoord van 17 december 2013 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de uitoefening van de opdrachten van de Justitiehuizen het volgende:

"De Federale Staat verbindt er zich toe om het NCET [Nationaal Centrum voor elektronisch toezicht] alle informatie ter beschikking te stellen die noodzakelijk is voor de uitoefening van haar bevoegdheden.

Daartoe wordt het NCET toegang verleend tot de huidige en toekomstige informatiesystemen van het directoraat-generaal penitentiaire inrichtingen van de federale overheidsdienst Justitie, de parketten en de strafuitvoeringsrechtbanken, overeenkomstig de regels die door de partijen in het kader van de IMCJH worden uitgewerkt.

De Federale Staat verbindt er zich toe om alle gegevens die zijn opgenomen in het bestaande informatiesysteem van het NCET over te dragen aan de Gemeenschappen. De Gemeenschappen verbinden zich ertoe samen met de Federale Staat een platform voor informatie-uitwisseling op te richten."

In die zin heeft de bevoegde dienst, krachtens artikel 7, § 1, 9°, van de wet van 5 mei 2019 houdende diverse bepalingen inzake informatisering van Justitie, modernisering van het statuut van rechters in ondernemingszaken en inzake de notariële aktebank, het recht om de databank 'Sidis Suite' te raadplegen. De bevoegde dienst krijgt dit recht om zijn taak te kunnen vervullen.

De bevoegde dienst heeft hetzelfde leesrecht om het geïntegreerde register te raadplegen voor opvolging, begeleiding en controle van personen die het voorwerp uitmaken van een strafrechtelijke

beslissing, een jeugdbeschermingsbeslissing of een interneringsbeslissing en die, mits het naleven van voorwaarden, in vrijheid zijn, in vrijheid werden gesteld of in vrijheid zijn gelaten (artikel 12, § 1, 5°, van dezelfde wet).

Voorts heeft de bevoegde dienst een leesrecht met betrekking tot het Geïntegreerd Elektronisch Justitieel Opvolgdossier (artikel 19, § 1, 4°, van dezelfde wet). De verslagen van de bevoegde dienst worden bovendien in deze databank opgenomen.

De bevoegde dienst moet zich vergewissen van de identiteit van de betrokkenen die hij tijdens de uitvoering van een elektronisch toezicht moet observeren en controleren. Om deze identiteit te verifiëren kan hij zich wenden tot het Rijksregister van de natuurlijke personen en, in voorkomend geval, tot de Kruispuntbank van de sociale zekerheid.

Artikel 21

Dit artikel heeft betrekking op de bewaring van de door de bevoegde dienst verzamelde gegevens.

De gegevens worden bewaard in bestanden en bestandssystemen die door de Regering aan de bevoegde dienst ter beschikking worden gesteld. Bij de bestandssystemen gaat het om 'bestanden' bedoeld in artikel 4, punt 6, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

De gegevens worden door de bevoegde dienst handmatig of automatisch in de bestandssystemen ingevoerd.

Om het werk te vergemakkelijken, worden de gegevens op een uniforme en gestandaardiseerde manier in een bestandssysteem ingevoerd.

Artikel 22

Dit artikel heeft betrekking op de toezending van gegevens door de bevoegde dienst in het kader van de betrokken verwerking.

De toezending van gegevens aan de opdrachtgevende overheden geschiedt in overeenstemming met de wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen betreffende de verschillende vormen van elektronisch toezicht.

In die zin zijn bijvoorbeeld richtsnoeren te vinden in circulaires van het College van procureurs-generaal, zoals de gezamenlijke circulaire COL 11/2013 van 7 juni 2013 over de tenuitvoerlegging van straffen en maatregelen en de uitwisseling van gegevens, betreffende:

- de follow-up van voorwaardelijk vrijgelaten personen;
- de procedure voor het terugvinden van veroordeelde of geïnterneerde personen die ondergedoken of voortvluchtig zijn.

Deze circulaire schept een kader voor de uitwisseling van informatie tussen de bevoegde dienst, de opdrachtgevende overheden, de andere actoren en het openbaar ministerie.

De uitwisseling van informatie met de andere actoren, zoals psychologen, vindt plaats onverminderd de regels van de beroepsethiek en de inachtneming van het beroepsgeheim.

Artikel 23

Dit artikel bepaalt de inwerkingtreding van het voorliggende decreet.

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet betreffende het elektronisch toezicht in het kader van de strafuitvoering

HOOFDSTUK 1 – ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 – Voorwerp

Dit decreet regelt de capaciteit van de Duitstalige Gemeenschap om de uitvoering en de opvolging van het elektronisch toezicht te verzekeren, alsook het uurrooster van de betrokken personen die tot een vrijheidsstraf van drie jaar of minder zijn veroordeeld.

Art. 2 – Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

- 1° alarm: toezending van informatie over de bewakingsapparatuur aan de bevoegde dienst, hetgeen een reactie van die dienst kan vereisen;
- 2° opdrachten: de beslissingen van de opdrachtgevende overheid met betrekking tot het elektronisch toezicht op een betrokkene;
- 3° opdrachtgevende overheid: een gerechtelijke of administratieve overheid die krachtens een wet of een decreet gemachtigd is om de bevoegde dienst opdracht te geven het aan de betrokkene opgelegde elektronische toezicht uit te voeren en op te volgen;
- 4° betrokkene (persoon): elke persoon die beschuldigd, veroordeeld of geïnterneerd is en een straf onder elektronisch toezicht of een maatregel van elektronisch toezicht heeft gekregen;
- 5° Algemene Verordening Gegevensbescherming: de Verordening (EU) 2016/679 van 27 april 2016 van het Europees Parlement en de Raad betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG;
- 6° elektronisch toezicht: de voor betrokkene geldende verplichting om op zijn verblijfplaats aanwezig te zijn om hem in staat te stellen zijn straf of maatregel te ondergaan, met uitzondering van toegestane verplaatsingen of toegestane afwezigheden. De aanwezigheid wordt in het bijzonder met elektronische middelen gecontroleerd;
- 7° wet van 17 mei 2006: de wet van 17 mei 2006 betreffende de externe rechtspositie van de veroordeelden tot een vrijheidsstraf en de aan het slachtoffer toegekende rechten in het raam van de strafuitvoeringsmodaliteiten;
- 8° penitentiair verlof: een verlof dat door de opdrachtgevende overheid aan betrokkene is toegekend en dat tot gevolg heeft dat het elektronisch toezicht voor een bepaalde tijd wordt opgeschort;
- 9° materiële middelen: al het materiaal dat door de bevoegde dienst wordt gebruikt om zijn taak uit te oefenen;
- 10° herberekening: aanpassing van het uurrooster, waarbij de door betrokkene ten onrechte gebruikte tijd wordt afgetrokken van zijn vrije uren;
- 11° plaatsing: het bevestigen van de apparatuur voor het elektronisch toezicht en de effectieve opvolging van betrokkene via die apparatuur;
- 12° capaciteit: het aantal betrokkenen dat in aanmerking komt voor een plaatsing en dat bepaald wordt met inachtneming van de elementen vermeld in artikel 7;
- 13° sociale omgeving van de betrokkene: alle personen die een binding hebben met de betrokkene en daarom contact hebben met de bevoegde dienst;
- 14° standaarduurrooster: het basisuurrooster dat overeenkomstig hoofdstuk 3, afdeling 1, aan betrokkene wordt opgelegd;

15° uurrooster: het tijdschema voor elektronisch toezicht waaruit blijkt wanneer betrokkene op zijn verblijfplaats aanwezig moet zijn, alsook wanneer betrokkene zijn verblijfplaats mag resp. moet verlaten;

16° incident: een overtreding van het uurrooster;

17° andere actoren: de gevangenisadministratie, de politiediensten en de sociale diensten die aan de uitvoering van de door de bevoegde dienst uitgeoefende taak meewerken, maar geen opdrachtgevende overheid zijn;

18° verblijfplaats: adres waar betrokkene de straf onder elektronisch toezicht of de maatregel van elektronisch toezicht ondergaat.

Art. 3 - Verwijzingen naar personen

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 4 - Algemene doelstellingen

In de uitoefening van zijn opdrachten leeft de bevoegde dienst de volgende algemene doelstellingen na:

- 1° de openbare veiligheid beschermen;
- 2° recidive voorkomen;
- 3° betrokkenen resocialiseren.

Art. 5 – Taak van de bevoegde dienst

§ 1 - De bevoegde dienst heeft tot taak het elektronisch toezicht uit te voeren en op te volgen. Daartoe voert de bevoegde dienst de opdrachten uit die de opdrachtgevende overheid hem toekent.

De Regering bepaalt welke dienst in de Duitstalige Gemeenschap bevoegd is voor de taak vermeld in het eerste lid.

§ 2 - In de uitoefening van de opdrachten vermeld in § 1, eerste lid, oefent de bevoegde dienst de volgende activiteiten uit:

- 1° het plaatsen van elektronische toezichtsapparatuur op betrokkene en op zijn verblijfplaats;
- 2° het opstellen van een uurrooster dat aangepast is aan betrokkene, alsook het beheren van dat uurrooster om te controleren of betrokkene het uurrooster naleeft;
- 3° het opvolgen van het verloop van het elektronisch toezicht;
- 4° het beheer van de alarmen;
- 5° de centralisatie, analyse en toezending van relevante informatie over het elektronisch toezicht aan de opdrachtgevende overheden en de andere actoren.

De Regering kan nog andere activiteiten toevertrouwen aan de bevoegde dienst.

Art. 6 - Samenwerking met andere Belgische overheden of diensten

De in dit decreet vermelde opdrachten die in het kader van een samenwerkingsakkoord door andere Belgische overheden of door andere diensten worden uitgevoerd, kunnen worden gelijkgesteld met de opdrachten die door de bevoegde dienst worden uitgevoerd.

HOOFDSTUK 2 – CAPACITEIT

Art. 7 – Capaciteit

De bevoegde dienst voert zijn taak uit op basis van zijn capaciteit.

De capaciteit wordt bepaald op basis van het volgende:

- 1° de materiële middelen van de bevoegde dienst;
- 2° het aantal opdrachten dat de opdrachtgevende overheden aan de bevoegde dienst toevertrouwen.

Art. 8 – Uitvoering van de opdrachten

§ 1 - De bevoegde dienst voert alle opdrachten die de opdrachtgevende overheden aan hem hebben toevertrouwd, binnen de wettelijke termijnen uit.

§ 2 - Indien de bevoegde dienst op grond van de capaciteit of op grond van naar behoren gemotiveerde uitzonderlijke omstandigheden niet in staat is alle opdrachten binnen de wettelijke termijnen uit te voeren, voert hij deze in chronologische volgorde van ontvangst uit.

In afwijking van het eerste lid wordt voorrang gegeven aan gedetineerde betrokkenen.

§ 3 - In afwijking van paragraaf 2 kan de bevoegde dienst zijn opdrachten uitvoeren op basis van de volgende prioriteringscriteria:

- 1° het elektronisch toezicht in de vorm van een maatregel van voorlopige hechtenis;
- 2° de duur van het elektronisch toezicht;
- 3° de aard van het feit dat betrokkene heeft gepleegd;
- 4° het risico waaraan het slachtoffer wordt blootgesteld;
- 5° de persoonlijke situatie van betrokkene.

De bevoegde dienst motiveert zijn beslissing om de prioriteringscriteria vermeld in het eerste lid toe te passen en houdt daarbij in voorkomend geval rekening met de aanwijzingen van de opdrachtgevende overheid en van de andere actoren bedoeld in artikel 1, 7°.

Art. 9 – Informatie over de capaciteit

De bevoegde dienst licht de opdrachtgevende overheden regelmatig in over de stand van zijn capaciteit.

De Regering bepaalt hoe die informatie wordt doorgegeven.

HOOFDSTUK 3 - UURROOSTER EN INCIDENTEN

Art. 10 – De bepalingen van dit hoofdstuk zijn alleen van toepassing op betrokkenen die zijn veroordeeld tot een of meer vrijheidsstraffen van ten hoogste drie jaar.

Afdeling 1 -Uurrooster

Art. 11 – Beheer van het uurrooster

Het uurrooster bestaat uit een standaard uurrooster dat is opgesteld met inachtneming van de dagindeling van de betrokkene en, in voorkomend geval, met inachtneming van de tijd die nodig is voor de uitvoering van geïndividualiseerde bijzondere voorwaarden of voor een eventueel penitentiair verlof.

Het uurrooster kan worden aangepast:

- 1° rekening houdend met de persoonlijke situatie van de betrokkene;
- 2° als de betrokkene een aanvullend tijdvenster nodig heeft om aan een geïndividualiseerde bijzondere voorwaarde te voldoen;
- 3° als de betrokkene penitentiair verlof heeft.

De Regering bepaalt wat het standaard uurrooster omvat.

Afdeling 2 – Incidenten

Art. 12 – Beheer van de incidenten

De incidenten worden beheerd door de bevoegde dienst.

Er is een incident indien:

- 1° betrokkene niet reageert op oproepen van de bevoegde dienst;
- 2° betrokkene zonder toestemming op reis gaat;
- 3° betrokkene niet aanwezig is op zijn verblijfplaats en hij zijn afwezigheid niet gemeld heeft bij de bevoegde dienst;
- 4° betrokkene zich niet houdt aan het tijdschema met betrekking tot zijn vastgelegde dagindeling of zijn geïndividualiseerde bijzondere voorwaarden.

Art. 13 – Maatregelen

Bij niet-naleving van het uurrooster kan de bevoegde dienst ten aanzien van de betrokkene de volgende maatregelen nemen:

- 1° betrokkene laten begeleiden;
- 2° betrokkene op zijn verplichtingen wijzen en hem meedelen dat zijn uurrooster herberekend kan worden;
- 3° het uurrooster van betrokkene herberekenen;
- 4° melding doen bij de opdrachtgevende overheden.

De Regering kan nog andere maatregelen vaststellen die de bevoegde dienst kan nemen tegen de betrokkene als deze zijn uurrooster niet naleeft.

HOOFDSTUK 4 - VERTROUWELIJKHEID, GEGEVENSBESCHERMING EN INFORMATIEVERWERKING

Art. 14 – Vertrouwelijkheid

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de bevoegde dienst, de andere actoren en alle natuurlijke personen of rechtspersonen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Art. 15 – Verwerking van persoonsgegevens

§ 1 – Het verzamelen en verwerken van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

§2 – De bevoegde dienst verwerkt persoonsgegevens uitsluitend met het oog op:

- 1° de uitoefening van de taak bepaald in artikel 5, § 1, en in de uitvoeringsbepalingen daarvan;
- 2° wetenschappelijk onderzoek en statistische doeleinden;
- 3° de verbetering van de werking binnen de bevoegde dienst.

In het kader van de verwerking vermeld in het eerste lid, 2°, verwerkt de bevoegde dienst anonieme gegevens. Voor zover de doeleinden van de verwerking niet op deze manier kunnen worden bereikt, verwerkt de bevoegde dienst gepseudonimiseerde persoonsgegevens.

In dat verband wijst de bevoegde dienst zijn medewerkers op hun verplichtingen inzake informatiebeveiliging en gegevensbescherming.

§ 3 – In het kader van de uitvoering van dit decreet is de Regering de verantwoordelijke voor de verwerking van de persoonsgegevens in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

De bevoegde dienst geldt als verwerker in de zin van artikel 4, punt 8, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

Art. 16 – Doeleinden van de gegevensverwerking

De verwerking vermeld in artikel 15, § 2, eerste lid, 1°, geschiedt voor de volgende doeleinden:

- 1° de uitvoering en opvolging van het elektronisch toezicht activeren;
- 2° het elektronisch toezicht uitvoeren en het verloop van het elektronisch toezicht opvolgen;
- 3° de uitvoering en opvolging van het elektronisch toezicht afsluiten;
- 4° de telefoongesprekken van de bevoegde dienst opnemen;
- 5° vrijheidsstraffen ten uitvoer leggen, waarbij de schadelijke gevolgen van hechtenis of opsluiting voor de betrokkenen worden vermeden;
- 6° de resocialisatie bevorderen door uitsluiting te verminderen en sociale, familiale en professionele banden in stand te houden;
- 7° recidive voorkomen.

De verwerking vermeld in artikel 15, § 2, eerste lid, 2°, geschiedt voor de samenwerking met de betrokken overheden met het oog op de evaluatie en verbetering van het beleid in verband met de uitvoering van de taak van de bevoegde dienst.

De verwerking vermeld in artikel 15, § 2, eerste lid, 3°, geschiedt voor de volgende doeleinden:

- 1° om de interventies van de bevoegde dienst te sturen en te verbeteren;
- 2° om het overleg met de opdrachtgevende overheden te ondersteunen.

Art. 17 – Gegevenscategorieën

§ 1 – De bevoegde dienst kan persoonsgegevens betreffende de volgende personen verwerken:

- 1° betrokkene;
- 2° personen die tot de sociale omgeving van de betrokkene behoren;
- 3° andere actoren die bij de uitvoering van de taken betrokken zijn, alsook opdrachtgevende overheden.

§ 2 – De bevoegde dienst kan in het kader van de gegevensverwerking vermeld in artikel 15, § 2, eerste lid, 1°, alle toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens van de volgende gegevenscategorieën met betrekking tot de personen vermeld in § 1, 1°, verzamelen, registreren, gebruiken en verstrekken:

- 1° identiteitsgegevens en contactgegevens;
- 2° gegevens over het beroep, de professionele competentie, het einddiploma en de opleiding;
- 3° gegevens over persoonlijke kenmerken;
- 4° gegevens over de financiële en sociale situatie;
- 5° gegevens over de levensstijl en de vrijetijdsbesteding;
- 6° gegevens over de samenstelling van het gezin;
- 7° gegevens over de woonomstandigheden;
- 8° gegevens over strafrechtelijke veroordelingen en strafbare feiten als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;
- 9° politiegegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;
- 10° gegevens betreffende ras of etnische afkomst, politieke overtuiging, levensbeschouwing, godsdienst of vakbondslidmaatschap, genetische en biometrische gegevens aan de hand waarvan een natuurlijke persoon kan worden geïdentificeerd, gezondheidsgegevens of gegevens over seksueel gedrag en seksuele geaardheid, als bedoeld in artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;
- 11° lokalisatiegegevens;
- 12° gegevens over het gebruik van de bestandssystemen vermeld in artikel 21;
- 13° gegevens in verband met het opnemen van telefoongesprekken.

Met betrekking tot de personen vermeld in § 1, 2°, kan de bevoegde dienst alle toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens van de in § 2, eerste lid, 1° en 6° tot 8°, genoemde gegevenscategorieën verzamelen en gebruiken.

Met betrekking tot de personen vermeld in § 1, 3°, kan de bevoegde dienst alle toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens van de in § 2, eerste lid, 1°, genoemde gegevenscategorieën verzamelen.

§ 3 – De bevoegde dienst kan in het kader van de gegevensverwerking vermeld in artikel 15, § 2, eerste lid, 2°, alle toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens van de volgende gegevenscategorieën met betrekking tot de personen vermeld in § 1, 1°, verzamelen, gebruiken en verstrekken:

- 1° identiteitsgegevens en contactgegevens;
- 2° gegevens over het beroep, de professionele competentie, het einddiploma en de opleiding;
- 3° gegevens over persoonlijke kenmerken;
- 4° gegevens over de levensstijl en de vrijetijdsbesteding;
- 5° gegevens over strafrechtelijke veroordelingen en strafbare feiten als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

§ 4 – De bevoegde dienst kan in het kader van de gegevensverwerking vermeld in artikel 15, § 2, eerste lid, 3°, alle toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens van de volgende gegevenscategorieën met betrekking tot de personen vermeld in § 1, 1°, verzamelen en gebruiken:

- 1° identiteitsgegevens en contactgegevens;
- 2° gegevens over het beroep, de professionele competentie, het einddiploma en de opleiding;
- 3° gegevens over persoonlijke kenmerken;
- 4° gegevens over de financiële en sociale situatie;
- 5° gegevens over de levensstijl en de vrijetijdsbesteding;
- 6° gegevens over de samenstelling van het gezin;
- 7° gegevens over de woonomstandigheden;
- 8° gegevens over strafrechtelijke veroordelingen en strafbare feiten als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;
- 9° politiegegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;
- 10° gegevens betreffende ras of etnische afkomst, politieke overtuiging, levensbeschouwing, godsdienst of vakbondslidmaatschap, genetische en biometrische gegevens aan de hand waarvan een

natuurlijke persoon kan worden geïdentificeerd, gezondheidsgegevens of gegevens over seksueel gedrag en seksuele geaardheid, als bedoeld in artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;

11° lokalisatiegegevens;

12° gegevens over het gebruik van de bestandssystemen vermeld in artikel 21;

13° gegevens in verband met het opnemen van telefoongesprekken.

§ 5 – De Regering kan de gegevenscategorieën vermeld in de paragrafen 2 tot 4 preciseren na voorafgaand advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit.

Art. 18 – Duur van de gegevensverwerking

De gegevens worden niet langer bewaard dan nodig is voor de verwezenlijking van de doeleinden waarvoor zij worden verwerkt.

Art. 19 – Rechten van de betrokken persoon op wie de verwerking van gegevens betrekking heeft

Voor de in artikel 17 genoemde gegevenscategorieën worden verzoeken tot uitoefening van de rechten vermeld in de artikelen 12 tot 22 en artikel 34 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming gericht aan de functionaris voor gegevensbescherming van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

In afwijking van het eerste lid worden verzoeken tot uitoefening van de rechten vermeld in de artikelen 12 tot 22 en 34 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming voor de gegevenscategorieën voor de in artikel 17, §2, eerste lid, 8°, §3, 4°, en §4, 8°, genoemde categorieën van gegevens behandeld door het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, overeenkomstig artikel 14, §§ 2 en 5, van de wet van 30 juli 2018 betreffende de bescherming van natuurlijke personen met betrekking tot de verwerking van persoonsgegevens.

Art. 20 – Informatiebronnen

§ 1 – Bij de uitoefening van zijn opdrachten verzamelt de bevoegde dienst rechtstreeks gegevens en documenten bij de betrokken personen en bij de personen die tot hun sociale omgeving behoren.

§ 2 – Bij de uitoefening van zijn opdrachten verzamelt de bevoegde dienst indirect gegevens en documenten bij de opdrachtgevende overheden en bij de andere actoren.

De gegevens die overeenkomstig het eerste lid worden verzameld, bevinden zich in de toevertrouwde opdrachten en verslagen die door de opdrachtgevende overheden worden toegezonden of in de bestandssystemen van de opdrachtgevende overheden, voor zover de bevoegde dienst daartoe toegang heeft gekregen.

§ 3 – De bevoegde dienst kan zich tot het Rijksregister van de natuurlijke personen wenden om de inlichtingen te verkrijgen als bedoeld in artikel 3, eerste en tweede lid, van de wet van 8 augustus 1983 tot regeling van een Rijksregister van de natuurlijke personen, of om te controleren of de inlichtingen waarover hij beschikt juist zijn.

Voor zover de gegevens betrekking hebben op een natuurlijke persoon van wie de gegevens niet in het rijksregister zijn opgenomen, gebruikt de bevoegde dienst het identificatienummer van de Kruispuntbank voor sociale zekerheid.

Art. 21 – Bestandssystemen

De bevoegde dienst verwerkt de overeenkomstig artikel 20 geregistreerde gegevens in bestands-systemen.

De Regering stelt een of meer computersystemen ter ondersteuning van de verwerking en uitwisseling van gegevens ter beschikking van de bevoegde dienst.

De medewerkers van de bevoegde dienst hebben toegang tot de in de bestandssystemen verwerkte gegevens voor zover die toegang nodig is voor de uitoefening van de hun opgedragen taken en voor dat doel is toegestaan.

Art. 22 – Ontvangers van de verwerkte informatie

§ 1 – In het kader van de gegevensverwerking overeenkomstig artikel 15, § 2, eerste lid, 1°, bezorgt de bevoegde dienst de voor de vervulling van zijn taak noodzakelijke gegevens aan de opdrachtgevende overheden en aan de andere actoren, overeenkomstig de wettelijke voorschriften in het kader van het elektronisch toezicht.

§ 2 – In het kader van de gegevensverwerking overeenkomstig artikel 15, § 2, eerste lid, 2°, maakt de bevoegde dienst een overeenkomst met de betrokken overheden op waarin de nadere regels voor de doorgifte van de gegevens worden vastgelegd.

HOOFDSTUK 5 – SLOTBEPALINGEN

Art. 23 – Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 december 2021.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS